



Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache XVIII/1166

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

B E R I C H T S J A H R 2 0 0 9

(29. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2009 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 30. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
1. Dezernat Steuerung und Service	
1.1 Interner Service	5
Gremienbetreuung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,	5
Gebäudemanagement,	6
Katastrophenschutz,	7
Lichtwarkausschuss	7
1.2 Personalservice	8
1.3 Ressourcensteuerung	
Haushalt	10
Organisation und IT-Angelegenheiten	11
1.4 Rechtsamt	12
2. Dezernat Bürgerservice	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	15
2.2 Fachamt Personenstandswesen	17
3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	20
3.2 Fachamt Sozialraummangement	23
3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung	24
3.2.2 Steuerung und Förderung	25
3.2.3 Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	26
3.2.4 Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit	27
3.2.5 Sportangelegenheiten	28
3.2.6 Sonstige Aufgaben	29
3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe	30
3.4 Fachamt Gesundheit	36



4. Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt

4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	49
4.1.1	Übergeordnete Planung	50
4.1.2	Bebauungsplanung	52
4.1.3	Landschaftsplanung	53
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	54
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	59
4.3.1	Gewerberecht, Marktwesen und Lebensmittelüberwachung	60
4.3.1.1	Gewerbe- und Ordnungsrecht	60
4.3.1.2	Lebensmittelüberwachung und Marktwesen	62
4.3.2	Veterinärwesen	64
4.3.3	Technischer Umweltschutz	67
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt	68
4.4.1	Wirtschaftsförderung	69
4.4.2	Bauprüfung	74
4.4.3	Service und Verwaltung	75
4.4.4	Umwelt	77



1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	48,11	46,62	46,93
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	53.407	37.388	24.071
Ausgaben	53.407	37.388	24.071
übertragbarer Rest	0	0	
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

1.1. Interner Service

Leitung: Monika zur Linde, Tel. 42891-2087

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	20,46	20,02	18,73

Aufgrund interner Umstrukturierungen sind die Aufgaben Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Aufgabenbereich Lichtwarkausschuss mit dem 1. April 2009 auf das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt übergegangen. Die Zahlen für 2009 (gesamt) erscheinen dort.

Die beim Internen Service verbliebenen Kernaufgaben Gremienbetreuung, Gebäudemanagement und Katastrophenschutz entwickelten sich in 2009 wie folgt:

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

Aufgaben und Entwicklung in 2009

	2007	2008	2009
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	17	17
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	113	130	149
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	496	645	563
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	192	192	198
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	547.283	605.646	734.602
Eingaben an die Bezirksversammlung	45	47	75
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	138	107	111

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung ist gegenüber dem letzten Jahr deutlich angestiegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Eingaben lagen wie in den vergangenen Jahren überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten, während die Inhalte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung im Wesentlichen bei Bau-, Grün-, Sozialhilfe- und Verkehrsangelegenheiten lagen.



Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2009 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Mitarbeit im Projekt zur Reorganisation der Wahlen in Hamburg
- Neuwahl der Seniorenvertretungen: Seniorendelegiertenversammlung und Seniorenbeirat. Die konstituierende Sitzung der Seniorendelegiertenversammlung fand am 20. April 2009 statt.
- Durchführung der Europawahl am 7. Juni 2009
- Durchführung der Bundestagswahl am 27. September 2009
- Vorbereitung des Volksbegehrens „Wir wollen lernen“, Oktober bis November 2009
- Vorbereitung und Durchführung des Jahresempfangs des Bezirksamtes sowie des Rathausfestes am 21. August 2009
- Organisation und Durchführung des 21. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2009
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars am ersten Adventswochenende
- Organisation des Spiegelsaalkonzerts. Das Konzert musste leider abgesagt werden, weil zu wenig Karten verkauft wurden.

Ehrungen

Ehrungen:	2007	2008	2009
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	9	14	12
90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100	103	143	204

Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

Gebäudemanagement

Aufgabe und Entwicklung in 2009

	2007	2008	2009
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	27	27	26
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude	1.070.457	1.048.175	1.084.669
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ²	20.739	21.548	19.923
-davon angemietet in m ²	16.249	17.058	15.433
Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ²	4,30	4,06	4,54
Durchschnittliche Mietkosten je m ²	7,41	9,28	9,14



- Aufstellung einer Garage als Lagerraum für das Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen
- Instandsetzung der Dachfläche Spielhaus Friedrich-Frank-Bogen
- Erneuerung des Fußbodens im Kiosk Sommerbad Altengamme sowie der Duschfläche
- Technische Übernahme des Fahrstuhls Wentorfer Str. 38
- Übergabe des Gebäudes Kurfürstendeich an den Eigentümer
- Verlegungen von Dienststellen (Erziehungsberatung vom Bornbrook zum Oberer Landweg; Jugendamt vom Herzog-Carl-Friedrich-Platz zum Brookdeich)
- Überarbeitung des Parkettbodens Spielhaus Kiebitz
- Abriss der abgängigen Jugendbude auf dem Gelände Lohbrügger Landstr. 55 und Errichtung eines größeren Neubaus an gleicher Stelle
- Grundinstandsetzung des Jugendclubs Neu-Allermöhe Ost
- Instandsetzung der zum 1.1.10 neu angemieteten Räume am Brookdeich 26

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Als wesentlichste Maßnahme war im Jahr 2009 die erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für den Stab zu begleiten. Neben umfangreichen kommunikationstechnischen Arbeiten und einer neuen Möblierung wurde auch die technische Infrastruktur deutlich verbessert.

Außerdem nahm der Regionale Katastrophendienststab (RKD) an der hamburgweit durchgeführten Stabsrahmenübung „Blanker Hans“ im September teil. Daneben wurde am 06.11. die praktische Deichverteidigungsübung durchgeführt. Unter Beteiligung einer Technischen Einsatzleitung (TEL/DV) wurde den Einsatzkräften das Zusammenspiel zwischen den Deichfachkräften und der Technischen Einsatzleitung demonstriert. Es wurde neben der praktischen Arbeit an angenommenen Schadenstellen auch die zeitnahe Zusammenführung von Personal und Material geübt.

Katastrophenschutz	2007	2008	2009
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	3	2
Anzahl der Schulungen	4	8	7
Anzahl der Einsätze	4*	1**	0

Bei 7 Schulungsterminen wurden insgesamt 5 neue Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht. Bei 2 weiteren Terminen wurden die Übungsteilnehmer in die Besonderheiten der jeweiligen Übung eingewiesen.

- * = Sturmfluteinsätze am 12., 18. und 19.1. sowie am 9.11.2007
- ** = Sturmfluteinsatz am 1.3.2008

Lichtwerk-Ausschuss

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Der Lichtwerk-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgenden Angeboten: Theateraufführungen, den 8. Kabarett-Wochen, mit den Programmen „Stars-Hautnah“ und „Theater-Highlights“ und den Jugendwettbewerben im Theater Haus im Park.



Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

Spielzeit		06/07	07/08	08/09
Anzahl der Veranstaltungen		22	41	38
Anzahl der Abonnenten		620	810	899
Anzahl der "freien" Besucher		4.000	7.732	9729
Auslastung der Veranstaltungen		63%	54,5	72,0

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Der Theaterbetrieb hat sich in der abgelaufenen Saison kontinuierlich weiter entwickelt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung angenommen. Das lässt sich daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt. Mit einem attraktiven Angebot kann diese Entwicklung fortgesetzt werden.

46. Jugendmusikantenwettbewerb

Mehr als 160 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an 2 Wochenenden bei durchgängig hohem Niveau um gute Plätze. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert am 24. Mai.

30. Jugend-Theatertage

8 Theatergruppen zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab.

Konzept zur Finanzierung der Jugendwettbewerbe

Jugendmusikantenwettbewerb

Die Kosten lagen in den letzten Jahren regelmäßig bei ca. 4.000 €. 2009 wurden 1.524 € durch die Oscar- und Vera-Ritterstiftung übernommen, die auf diese Weise ermöglichte, dass auch 2009 wie in den letzten Jahren Preisgelder gezahlt werden konnten, die andernfalls hätten ersatzlos gestrichen werden müssen (aus Mangel an Budget).

Jugend-Theatertage

Eine Arbeitsgruppe des Fachausschusses für Sport und Kultur hat ein Konzept erarbeitet, das eine Beteiligung des Lichtwark-Ausschusses an den Einnahmen der teilnehmenden Schulen/Einrichtungen vorsieht, aus denen die Kosten für die Jugend-Theatertage bestritten werden sollen. Dieses Konzept ermöglichte es, die laufenden Kosten, die sich im Wesentlichen aus den entstehenden Kosten rund um den Einsatz der Theaterbühne im Haus im Park zusammensetzen, zu decken (ca. 2.500 €). Die Einnahmen reichten jedoch nicht, um die Preisgelder für die Gruppen in Höhe von 1250 € zu decken, da die Einnahmen zu gering waren. Diese zusätzlichen Kosten mussten daher aus hierfür nicht vorgesehenen Mitteln des Zentralbudgets übernommen werden.

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Monika zur Linde, Tel.: 42891.2087

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	5,35	5,93	6,28



Aufgabe und Entwicklung in 2009

Auch in 2009 beschäftigte sich der Personalservice schwerpunktmäßig mit der Personalrekrutierung für das Bezirksamt.

Nachdem in 2005 mit 5 Stellenausschreibungen ein absoluter Tiefpunkt erreicht war, hat der Personalservice im Jahr 2009 37 Stellenausschreibungen und -besetzungen begleitet. Da sich seit dem 01.01.2009 auch wieder Personen bewerben durften, die bisher noch nicht in der FHH beschäftigt waren, nahm außerdem die Anzahl von Bewerbungen enorm zu. Bei insgesamt 1100 Bewerbungen ergab sich eine durchschnittliche Bewerberzahl von rd. 30 Bewerbungen je Ausschreibung.

Durch die vom Senat beschlossene Ausbildungsoffensive konnte das Bezirksamt für den Garten- und Landschaftsbau eine zusätzliche Unterstützungskraft für die Ausbildung gewinnen und es wurden -neben den regelhaft vorgesehenen Gärterauszubildenden- weitere 12 Jugendliche zusätzlich für eine Gärtnerausbildung eingestellt.

Außerdem wurde in 2009 17 Schülerinnen und Schülern ein Betriebspraktikum ermöglicht und 8 Studentinnen und Studenten ein im Rahmen Ihres Studiums vorgesehenes Pflichtpraktikum. Im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit haben 8 Praktika stattgefunden.

Die Integration der Asklepios-Rückkehrer ist noch nicht abgeschlossen und wird uns auch in 2010 weiter beschäftigen. Derzeit sind rund 25 Asklepios-Rückkehrer ins Bezirksamt abgeordnet (vorwiegend bis 31.12.2010) und 5 absolvieren hier einen sog. „Übergangseinsatz“ (i. d. R. 6 Monate). 2009 konnten sich 3 Asklepios-Rückkehrer in Personalauswahlverfahren durchsetzen und wurden in eine Regelstelle des Bezirksamtes übernommen.

Der seit Ende 2006 geltende Tarifvertrag der Länder hat sich in der Personalverwaltung inzwischen weitgehend etabliert. Zum damals ergänzend eingeführten Überleitungstarifvertrag sind mit dem 2. Änderungstarifvertrag vom 01.03.2009 in manchen Bereichen materielle Änderungen vorgenommen worden, die entsprechend umgesetzt wurden. Darüber hinaus war das Jahr 2009 geprägt durch die Föderalismusreform, da u.a. im Bereich des Besoldungsrechts die Gesetzgebungskompetenz vom Bund auf die Länder verlagert wurde. Hier waren durch das zum 01.04.2009 in Kraft getretene Beamtenstatusgesetz zunächst nur einige wenige Änderungen umzusetzen. Umfangreicher beschäftigt haben die Personalverwaltung indes die Vorbereitungen für die in diesem Bereich in 2010 weiteren geplanten Änderungen u.a. für ein neues Hamburgisches Beamtengesetz und eine neue Hamburgische Laufbahnverordnung, sowie insbesondere die Vorbereitung der Einführung eines Hamburgischen Besoldungs- und Versorgungsrechts inklusive Überleitungsvorschriften. Desweiteren hat die Personalverwaltung in 2009 begonnen, eine ärztliche Vorsorgekartei für die Beschäftigten des Bezirksamtes aufzubauen.

Im Abschnitt Personalentwicklung wurde in 2009 die Überarbeitung der im Bezirksamt geltenden „Grundsätze zur Führung und Zusammenarbeit“ fortgesetzt. Die bisherigen Ergebnisse aus 2008 wurden in einem Führungskräfte-Workshop in 2009 aufgegriffen. Es wurde eine redaktionelle Überarbeitung beschlossen und durchgeführt. Zusätzlich hat jedes Dezernat individuelle Schwerpunkte gesetzt, deren Umsetzung in 2010 weiter begleitet wird. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung wurden wieder monatliche Gesundheitstipps und Ohrakkupunktursitzungen angeboten. Außerdem wurde eine Vereinbarung mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst für individuelle Gesundheitscoachings abgeschlossen. Die Auftaktveranstaltung hierzu erfolgt in 2010.



Kennzahlen	2007	2008	2009
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,0	0,9	
Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	68,13	62,7	
Ø Krankenquote in %	7,2	7,7	6,5
Quote (in %) der Schwerbehinderten	9,5	8,6	9,43

Das Bezirksamt beschäftigte		2007	2008	2009
Beamte		182	178	172
davon (in %)	Weiblich	61	63	62
	Männlich	39	37	38
	Teilzeitbeschäftigt	30	29	28
	beurlaubt	4	4	5
Arbeitnehmer		351	353	369
davon (in %)	Weiblich	53	53	54
	Männlich	47	47	46
	Teilzeitbeschäftigt	30	31	32
	Weiblich	86	85	81
	Männlich	14	15	19
	beurlaubt o.ä.	7	5	5
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		2	1	-
Auszubildende (gewerblich)		8	8	17
Beschäftigte insgesamt		543	540	558
Honorarkräfte		155	186	200

1.3 Ressourcensteuerung

Haushalt

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	8,50	8,18	8,08

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die Bewirtschaftungsperiode 2009 war in der Startphase zunächst durch die Rahmenbedingungen der Vorläufigen Haushaltsführung geprägt. Damit waren über das übliche Tagesgeschäft der Haushaltsabteilung hinaus besondere Bewirtschaftungsvorgaben umzusetzen und gegenüber den mittelbewirtschaftenden Dienststellen verstärkt Unterstützung zu leisten.

Dennoch ist es auch 2009 wieder gelungen, den inhaltlichen und terminlichen Verpflichtungen der formalen Haushaltsverfahren gegenüber Senat, Bürgerschaft und Bezirksversammlung gerecht zu werden, gravierende Mängel in der Bewirtschaftung der knappen Haushaltsmittel zu vermeiden und auch im internen Betriebsablauf nennenswerte Störungen des bezirklichen Zahlungsverkehrs zu verhindern.

Darüber hinaus konnten 2009 folgende Ziele erreicht werden:

- Erwirtschaftung der vom Senat für das Haushaltsjahr 2009 beschlossenen Globalen Minderausgabe im Sachhaushalt in Höhe von 283.000 €



- Erste Ansparungen für Rücklagen zur Absicherung der Anteilsfinanzierung für die Einrichtung des Dienstleistungszentrums am ZOB Bergedorf in Höhe von 400.000 € bzw. für die Globale Minderausgabe 2010 in Höhe von 286.000 €.
- Implementierung eines Berichtswesens für ein Finanzcontrolling des Bezirks zu Investitionsprogrammen und Förderfonds
- Teilweise Umstellung von Geschäftsprozessen in der Zahlstelle mit dem Ziel der Reduzierung des bezirklichen Bargeldverkehrs

Gesamtumsatz in TEUR	2007	2008	2009 *
Einnahmen	7.002	7.297	7.607
Ausgaben	67.661	70.011	74.614
Bauinvestitionen/Beschaffungen	10.476	9.535	9.137
<i>davon Rahmenzuweisungen</i>	<i>3.319</i>	<i>2.255</i>	<i>2.713</i>
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	<i>448</i>	<i>273</i>	<i>1.084</i>
<i>Fachbehördentitel</i>	<i>5.089</i>	<i>4.205</i>	<i>1.824</i>
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben	57.185	60.476	65.477
<i>davon Rahmenzuweisungen</i>	<i>7.628</i>	<i>7.882</i>	<i>8.145</i>
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	<i>17.289</i>	<i>19.381</i>	<i>23.060</i>
<i>Fachbehördentitel</i>	<i>514</i>	<i>395</i>	<i>651</i>
Barumsätze in TEUR	2007	2008	2009
Einnahmen	2.121	2.303	2.475
Ausgaben	2.152	2.341	2.446

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss 2009

Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

Kennzahlen	2007	2008	Plan 2009
Beschäftigungsvolumen am letzten Tag des Jahres/Quartals	7,8	8,18	6,68

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Das Überprüfen der Maßnahmen aus Anlass der Bürgerschaftsdrucksache 18/5198 „Personalwirtschaftliche Maßnahmen für die Bezirksverwaltung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung – Veränderung der Stellenpläne der Bezirksämter“ konnte im Federführungsbereich beschränkt fortgesetzt werden. Die mit der Drucksache ausgelöste Initiativen der Beschäftigten bewirkten darüber hinaus eine hohe Bereitschaft der Beschäftigten, Anträge der verschiedensten Facetten zu stellen. Erste Überprüfungsverfahren haben das Landesarbeitsgericht erreicht. Gemeinsam mit dem Rechtsamt waren begründende Dokumente für die Position des Bezirksamtes zu erzeugen. Die Leitungsfunktionen des Federführungsbereiches konnten 2009 der Entscheidung der Dienstpostenbewertungskommission zugeführt werden.



Das Wahrnehmen der Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten ist fortgeführt worden. Im Jahre 2009 ist daraus ein Berichtswesen gestaltet worden, das –intern- regelhaft veröffentlicht wird und –extern- den übrigen Bezirksämtern zur Verfügung gestellt wurde.

Für das bezirksamtsinterne Projekt Dienstleistungszentrum am Bahnhof war im gesamten Jahr die Geschäftsführung zu leisten. Parallel waren Grundsatzklärungen zur Einrichtung von Arbeitsplätzen im mitbestimmungsrechtlichen Raum zu führen.

Begleiten und Steuern der Projekte Weiterentwicklung des Bildschirmdialogverfahrens „Bauangelegenheiten mit Computerunterstützung“ (BaCom) und Bauleitplanung online.

Im letzten Quartal traten Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung 2010 – 2014 hinzu.

1.5 Rechtsamt

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	3,0	4,0	3,83

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Das Rechtsamt ist zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, zur Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie zur Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung, der Fachämter des Bezirksamts, der Fraktionen der Bezirksversammlung, ihres Präsidiums und von Bürgern im Rahmen von Verwaltungsverfahren. Das Beratungsangebot wird nach wie vor gut genutzt, was dazu beiträgt, richtiges Verwaltungshandeln zu sichern. Im Oktober des Berichtsjahres wechselte eine Rechtsreferentin ins Bauamt, so dass bis zum Jahresende ein halbe Stelle unbesetzt war. Die Durchführung der Bundestagswahl band nicht unerhebliche Arbeitskapazität des stellvertretenden Rechtsamtsleiters, der in 2009 die Aufgabe des stellvertretenden Bezirkswahlleiters übernahm. Hinzu kamen sehr zeitaufwändige Verfahren in Personalangelegenheiten. Das alles führte dazu, dass sich die Bearbeitungsdauer von Verfahren im Bezirksamt verlängert hat und das Spitzenergebnis des Vorjahrs leider nicht gehalten werden konnte. Abgemildert wurde das Problem glücklicherweise dadurch, dass das Personalamt für ein halbes Jahr eine Nachwuchskraft ins Rechtsamt abgeordnet hat.

Nach stetigem Rückgang in den letzten Jahren ist die Zahl der Zugänge im Rechtsamt kräftig angestiegen. Leider entsprach die Zahl der Erledigungen dem nicht, so dass auch die Zahl der unbearbeiteten Reste am Jahresende gestiegen ist.

Der Zuwachs bei den Zugängen ist überwiegend einer gestiegenen Fallzahl bei den Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialsachen geschuldet. 56 % aller Widerspruchsverfahren betreffen diesen Bereich. Besonders häufig wehrten sich Hilfesuchende gegen die Ablehnung von Mehrkosten für kostenaufwändige Ernährung (22 Fälle). Nimmt man noch die Widersprüche wegen Krankenkosten hinzu, betreffen insgesamt 32 Verfahren Menschen, die Kosten wegen gesundheitlicher Beeinträchtigung geltend machen. In 36 Fällen wehrten sich Antragsteller gegen abgelehnte Grundsicherungs- oder Sozialhilfeleistungen, in 22 Widersprüchen ging es um die Anerkennung von Wohnungskosten. Auch wenn hier wegen Gebührenfreiheit der Verfahren die Schwelle niedriger ist, sich gegen eine Entscheidung zu wehren als in kostenpflichtigen Verfahren, so scheinen doch Betroffene zunehmend weniger bereit zu sein, die Ablehnung eines vermeintlichen Anspruchs zu akzeptieren. Die Erfolgsquote in diesen Verfahren ist für die Bürger angestiegen.



Während die Zahl der Verfahren in Bauprüf- und Bauangelegenheiten gestiegen ist, liegt sie in allen anderen Bereichen im Rahmen der normalen Schwankungen. Neu aufgenommen in den Bericht wurde die Zahl der zu begleitenden und zu prüfenden B-Plan-Verfahren.

Wegen der oben genannten Gründe hat sich nicht nur die Dauer der Verfahren im Bezirksamt verlängert. Im Bezirksvergleich hat das Bergedorfer Rechtsamt leider auch seinen Spitzenplatz in der Erledigungsquote vorübergehend eingebüßt.

Nachdem die Bezirksaufsicht dem Bezirksamt eindringlich nahe gelegt hat, die Verwaltungsreform auch in bezug auf das Rechtsamt umzusetzen, ist dieser Schritt per 1.1.2010 vollzogen worden. Herr Moller als bisheriger stellvertretender Rechtsamtsleiter ist zum Rechtsamtsleiter bestellt worden und dem Dezernat Steuerung und Service zugeordnet. Der auf die bisherige Leiterin entfallene halbe Stellenanteil wird zusammen mit der vakanten halben Stelle per 1.4.10 mit einer Vollzeitkraft besetzt.

Fallzahlen sind im Einzelnen der nachfolgenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen.

Im Jahr 2009 absolvierten 12 Referendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für Referendarausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken.

Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

Widerspruchsverfahren¹	2007	2008	2009
Zugang	314	257	377
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	327	223	249
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	49	48	42
Bestand am 31.12.	139	125	211
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	55	45	65
- erledigt	70	51	39
- davon zugunsten d. Widersprechenden	8,6 %	25,5 %	15,4 %
- Rest	36	30	56
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	17	16	27
- erledigt	27	14	23
- davon zugunsten d. Widersprechenden	11,11 %	7,14 %	13 %
- Rest	7	9	13
- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialangelegenheiten			
- Zugang	134	114	211
- erledigt	153	123	149
- davon zugunsten d. Widersprechenden	13,7 %	5,9 %	14,7 %
- Rest	49	40	100

¹ Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang	37	21	17
- erledigt	54	22	19
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20,1 %	13,6 %	5,3 %
- Rest	11	10	8

- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	2	3	2
- erledigt	1	3	3
- Rest	2	2	1
- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	18	19	20
- erledigt	31	24	20
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,67 %	12,5 %	15 %
- Rest	13	8	8
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	20	19	17
- erledigt	19	13	15
- davon zugunsten d. Widersprechenden	16,5 %	26,3 %	6,7 %
- Rest	10	16	18
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	28	14	9
- erledigt	31	17	13
- davon zugunsten d. Widersprechenden	6,5 %	5,9 %	30,8 %
- Rest	11	8	4

B-Plan-Verfahren

17

Verfahren vor den Gerichten	2007	2008	2009
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	33	20	30
- abgeschlossen wurden	31	18	30
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	3	4	8
- Bestand	10	12	24

Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	145	84	86
- abgeschlossen wurden	146	108	97
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	29	28	21
- Bestand	151	127	122

Rechtsservice			
Zugang	287	280	256
Erledigung	324	298	256
Rest	111	93	92

Verfahrensdauer in Tagen			
Verfahren im Bezirksamt	220,7	204,6	238,4
- davon Widerspruchsverfahren	213,5	143,3	196,6



<i>Gerichtsverfahren</i>			
- Antragsverfahren	144	73	203
- Beschwerdeverfahren	167	281	318
- Klageverfahren	515	483	681
- Berufungsverfahren	528	355	448

2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	29,12	30,08	29,56

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: kommissarisch Sabine von Issendorf, Tel. 42891 – 3461

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	21,91	21,06	20,32

Allgemeine Kennzahlen	2007 31.12.07	2008 30.06.2008	2009 30.06.2009
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	119.765	119.833	120.102
davon Ausländer	11.755	11.629	11.505

Abteilung für Einwohnerdaten

Bürgerzentren Bergedorf - gesamt -	2007	2008	2009
Anzahl der erteilten Personaldokumente	*)	*)	17.531
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen			11.242
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten (nur messbar im Bürgerzentrum Bergedorf)	33	25	20
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 1)	----	----	62,71 % 1)

*) Betriebsdatenzahlen stehen erstmals wieder ab 2009 zur Verfügung

1) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service
Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009



Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die Servicequalität des Fachamtes Einwohnerwesen konnte ausnahmslos optimiert werden.

Öffnung aller Bürgerzentren

Auch im vergangenen Jahr ist es gelungen, einen dauerhaften und regelmäßigen Dienst- und Kundenbetrieb aufrechtzuerhalten. Ausnahmen stellten einzelne Tage dar, an denen das Bürgerzentrum Vier- und Marschlande geschlossen bleiben musste. Die Mitarbeiter/innen wurden in den beiden anderen Bürgerzentren zur Unterstützung benötigt, um dort den Dienstbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Wartezeiten

Das Ziel, die Wartezeit im Fachbereich Einwohnerdaten zu optimieren und im Jahresmittel eine durchschnittliche Wartezeit von 25 Minuten nicht zu überschreiten, konnte erreicht werden.

Telefonische Erreichbarkeit

Auch ist es gelungen, im Verlauf des Jahres die telefonische Erreichbarkeit im Dezember auf eine Quote von 81,0 % für das Bürgerzentrum Bergedorf; 66,7 % für das Bürgerzentrum Vier- und Marschlande und 80,0 % für das Bürgerzentrum Neuallermöhe zu steigern.

Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2007*)	2008*)	2009
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2000	1500	1165
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen) * erheblich mehr durch kürzere Fristen zur Niederlassungserlaubnis, im wesentlichen Einmaleffekt, mehr Ausnahmeregelungen	2800	2.900	3135
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen .	82	86	78
Freizügigkeitsbescheinigungen	359	240	240

*)Die o . a. Zahlen sind geschätzt.

Ab 2009 werden die Daten für das Ausländerwesen auf der Basis des Betriebsdatensystems der Fachanwendung PAULA GO erhoben.

	2007	2008	2009
durchschnittliche Wartezeiten in Minuten in der Ausländerabteilung			
) Praktisch keine Wartezeiten, da fast ausschließlich die Bearbeitung über Terminvergabe erfolgt	76	keine)	keine*)
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit 2) Basis ist die Statistik des Hamburger Telefon Service; Diese Jahresauswertung erfolgte erstmalig für das Jahr 2009	---	---	91,35 % 2)



Elektronischen Ausländerakte

Mit Wirkung vom 01. 07. 2008 wurde das überbezirkliche Projekt ELEKTRA (elektronische Ausländerakte) eingesetzt.

Ziel des Projektes ist es, die personenbezogene Haltung von Papierakten auch im Bereich der bezirklichen Abteilungen für Ausländerangelegenheiten durch Einführung einer elektronischen Ausländerakte zu ersetzen. Das Projekt verfolgt dabei das Ziel, die Archivierung von Originaldokumenten soweit wie möglich überflüssig zu machen.

Die Servicequalität für ausländische Mitbürger soll dadurch verbessert werden, dass die elektronische Ausländerakte immer sofort der Sachbearbeitung zur Verfügung steht und Postwege des Aktentransportes entfallen bzw. auf ein Minimum reduziert werden.

Die Umsetzungsphase ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund war der Aufgabenbereich Ausländerwesen zusätzlich belastet mit den vorbereitenden Maßnahmen und der Mitarbeit im Projekt ELEKTRA, um als eine der bezirklichen Pilotdienststellen im Frühjahr 2010 mit der Umsetzungsphase - der Einführung der elektronischen Ausländerakte - beginnen zu können.

Die in diesen Zusammenhang erforderlichen Vorarbeiten konnten erfolgreich und termingerecht abgeschlossen werden.

Terminvereinbarung/Wartezeit

Das Instrument der vorherigen Terminvereinbarung für ausländische Kunden in der Fachabteilung für Ausländerangelegenheiten konnte weiter ausgebaut werden.

Wartezeiten sind dadurch fast gänzlich entfallen. Dringend notwendige Sachbearbeitung erfolgte sofort.

Das Feedback der ausländischen Kunden zur Terminvereinbarung ist ausnahmslos positiv.

Telefonische Erreichbarkeit

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten konnte mit einer hervorragenden Quote von 90,5 % im Dezember optimiert werden.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	8,90	9,02	9,24

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die Steigerung der Serviceleistungen und somit der Kundenzufriedenheit war auch im Jahr 2009 eines der wichtigsten Anliegen des Standesamtes.

Erstmals wurden Eheschließungen/Lebenspartnerschaften an Samstagen innerhalb und außerhalb des Standesamtes angeboten.

Die 56 Termine wurden von den Brautpaaren/Lebenspartnern allesamt in Anspruch genommen, wobei die Nachfrage nach Samstagsterminen außerhalb des Standesamtes sehr gering war.

Die Resonanz auf das zusätzliche Angebot war so positiv, dass dieser Service auch in 2010 geboten wird.



Die für 2009 geplante Anzahl von Eheschließungen/Lebenspartnerschaften außerhalb des Standesamtes an den Nachmittagen von montags-freitags konnte aufgrund des starken Interesses gegenüber dem Vorjahr auf 25 Termine gesteigert werden.

Der 09.09.2009 war bei den Brautpaaren/Lebenspartnern besonders gefragt. 19 Brautpaare/Lebenspartner haben sich das Ja-Wort im Standesamt in der Wentorfer Straße 30 gegeben.

Die Eheschließungen freitags im Bergedorfer Schloss werden – wie jedes Jahr – von den Brautpaaren/Lebenspartnern als besonderes Highlight empfunden. Die angebotenen Termine sind regelmäßig ausgebucht.

Das vielfältige Angebot des Standesamtes an Eheschließungen/Lebenspartnerschaften an den verschiedenen exklusiven Orten und an den besonderen Tagen bzw. zu den besonderen Tageszeiten führte nicht nur zu einem erheblichen Anstieg der Fallzahlen sondern stellt auch eine Serviceleistung der besonderen Güte dar.

Das Standesamt genießt in den Augen der Kunden einen hervorragenden Ruf und ist nicht nur für die Bergedorfer Bürger sondern auch für auswärtige Paare eine gute Adresse. Das vorhandene Ambiente trägt zu dem guten Ruf des Standesamtes bei.

Bei der Beurkundung von Geburten hat sich der Abwärtstrend der letzten Jahre nicht weiter fortgesetzt. Ein Zuwachs von 20 Geburtsbeurkundungen gegenüber dem Jahr 2008 stellt eine positive Entwicklung dar.

Bei der Beurkundung von Sterbefällen ist seit Jahren eine ständige Aufwärtstendenz zu verzeichnen.

Die Teilnahme der Bediensteten an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie hat Tradition. Die Fortbildungen sind ein Baustein für die ständige Erhöhung der Fachkompetenz und damit verbunden der Kundenzufriedenheit.

	2007	2008	2009
Geburtsbeurkundungen	912	840	860
Davon mit Ausländerbeteiligung	240	225	242
Sterbefallbeurkundungen	854	910	930
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	6,0	6,0	5,0
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	644	680	723
Davon mit Ausländerbeteiligung	93	106	101
Eheschließungen	481	504	595
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	480	727	575



3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Angela Braasch-Eggert 2028/2029

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	157,98	157,72	166,08
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	98.640	70.289	65.178
Ausgaben	74.751	70.289	65.178
übertragbarer Rest	23.889		
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport und Kultur, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

Einführung

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit der vier Fachämter des Dezernats weiter verbessert. Vor allem das Gesundheitsamt konnte sich dank der Beschäftigung einer größeren Zahl von LBK-Rückkehrern Aktivitäten zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken und gestaltete in diesem Zusammenhang eine enge Kooperation mit dem Jugendamt.

Von allen Fachämtern waren und sind wichtige Veränderungen zu bewältigen. Nach der Besetzung entsprechender Stellen ist es im Fachamt Sozialraummanagement (SR) nun möglich, die Themen Sozial- und Jugendhilfeplanung sowie Altenhilfe zu bearbeiten. Das neue Senatskonzept zur integrierten Stadtteilentwicklung setzt einen verbundenen Ansatz voraus, in den nicht nur städtebauliche, sondern auch soziale Aspekte mit einfließen. Mit der Planung für das Gebiet Lohbrügge-Ost waren erstmals neue fachliche Kooperationen zu entwickeln und eine neue Form der interbehördlichen Zusammenarbeit, für die sich in ganz Hamburg erst einmal eine Routine entwickeln muss. Schließlich wird mit Bergedorf-Süd das erste Sanierungsgebiet in Bergedorf vorbereitet.

Während SR im Rathaus verbleibt, werden die drei anderen Fachämter ins neue Dienstleistungszentrum am Bahnhof umziehen. Da dies nicht nur einen neuen Arbeitsort bedeuten soll, sondern auch die Arbeitsabläufe optimiert und vor allem die Kundenfreundlichkeit verbessert werden sollen, ist von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben ihrer alltäglichen Arbeit zusätzliche Projekt- und Planungsarbeit zu leisten. Alle Fachämter sind mit ihren Vorbereitungen gut im Zeitplan, einige proben auch schon vorab, ob die geplante Änderung von Arbeitsabläufen in der Praxis funktionieren kann. Die Abteilungen des Jugendamtes, die wegen Kündigung von Räumen am Herzog-Karl-Friedrich-Platz zwischendurch noch umziehen mussten, haben in ihren Interimsräumen am Brookdeich einen Empfangsbereich eingerichtet, um zu erproben, welche Tätigkeiten aus der Fallbearbeitung „vor die Klammer“ gezogen werden können und welche Bedingungen dazu erfüllt sein müssen. Daneben hat der ASD in Zusammenhang mit der Entwicklung einer völlig neuen EDV-Unterstützung einen umfangreichen Umstrukturierungsprozess zu gestalten. Da die neue Software sich am Workflow in den Dienststellen orientieren soll, ist zeitgleich das komplette Regelwerk für den ASD zu überarbeiten. Hierzu sind mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet worden, in denen auch Bergedorfer Vertreter mitwirken. In Projekten in allen Bezirken wird die Trennung von Eingangs- und Fallmanagement umgesetzt. Dies alles fiel zusammen mit der Einarbeitung einer größeren Zahl neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind zuversichtlich, dass sich am Ende im neuen DLZ die Arbeitsbedingungen sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Bürger verbessern werden.

Für das Grundsicherungs- und Sozialamt ist mit der Eröffnung des Pflegestützpunkts ein neues Aufgabengebiet hinzu gekommen, das Gesundheitsamt hat den Bereich der frühen Hilfen vorbildlich ausbauen können.



3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891.2120

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	47,52	45,40	47,24

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Allgemeines

Für das Fachamt Grundsicherung und Soziales / Soziales Dienstleistungszentrum war die Umsetzung der Wohngeldnovelle eine besonders herausragende Aufgabe. Daneben sind insbesondere die Vorbereitungen auf das neue Dienstleistungszentrum am Bahnhofsvorplatz und in diesem Zusammenhang die Fortentwicklung der Eingangszone sowie die ersten Schritte in Richtung einer Einheitssachbearbeitung entwickelt und teilweise bereits umgesetzt worden.

Die zur verbesserten Kundenorientierung und Kundensteuerung eingerichtete Eingangszone war bis zum Sommer wie im Vorjahr im Rotationsverfahren besetzt. Daraus ergab sich eine von Sprechtag zu Sprechtag unterschiedliche Präsenz an Expertenwissen. Seit dem Spätsommer ist einer der beiden Beratungsplätze im Empfang kontinuierlich mit einer Mitarbeiterin besetzt. Nach und nach kann dadurch dem Konzept einer zentralen Anlaufstelle zur Anliegenklärung und Bearbeitung kleinerer, zügig zu erledigender Anliegen besser entsprochen werden. Nach wie vor leidet die Eingangszone im Duwockskamp aber an den räumlichen Gegebenheiten: Soweit die Kunden das Haus oder ihren Ansprechpartner bereits kennen, suchen sie ihren Sachbearbeiter direkt auf. Das erschwert die Planung der räumlichen Erfordernisse etwa für die spätere Wartezone und der notwendigen personellen Ausstattung am Empfangstresen im neuen Dienstleistungszentrum am Bahnhof.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Die Anzahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des 12. Sozialgesetzbuches (SGB XII) hatte sich schon 2008 gegenüber 2007 kaum verändert. Das gilt auch für 2009. Auch die Anzahl der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zeigt keine wesentlichen Veränderungen. Ganz anders hingegen sehen die Zahlen im Bereich der Grundsicherung für ältere Menschen über 65 Jahre aus. Hier ist der demografischen Entwicklung entsprechend und insoweit nicht unerwartet erneut ein deutlich vermehrtes Antragsaufkommen zu verzeichnen.

Die Leistungen nach dem SGB XII sind vielfältig und komplex. Gleichwohl soll bis zum Einzug in das Dienstleistungszentrum am Bahnhof das Prinzip des einen Ansprechpartners (one face to the customer) umgesetzt werden. Die Abkehr von der Spezialisierung hin zur Einheitssachbearbeitung soll auch intern zu einer besseren Vergleichbarkeit der Leistungsabschnitte und gegenseitigen Vertretungsmöglichkeiten beitragen. Im Verlauf des Jahres 2009 wurde in einem ersten Schritt die allgemeine Sozialhilfegewährung mit der Gewährung von Eingliederungshilfen zusammen gelegt. Innerhalb der Abteilung für ältere Bürger über 60 Jahre wurde die Trennung von Antrags- und Dauersachbearbeitung aufgehoben.

Leistungen der Hilfe zur Pflege, Pflegefachdienst und Pflegestützpunkt

Eine wesentliche Neuerung durch das bereits zum Juli 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (PfWEG) ist erst im Berichtsjahr für die Öffentlichkeit sichtbar geworden: Nach vielen Monaten der intensiven gemeinsamen Vorbereitung von Vertretern der Kranken-/Pflegekassen, Fachbehörde und der Bezirke hat im September 2009 der Pflegestützpunkt Bergedorf eröffnet. Die (auch personelle) Ausstattung tragen Kassen und Verwaltung gemeinsam. Die bezirkliche Seniorenberatung und neu gewonnene Mitarbeiterinnen bieten hier für hilfe- und pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen unabhängig von der



Kassenzugehörigkeit oder dem Bezug von Sozialleistungen Beratung und Unterstützung zu allen Fragen rund um das Thema Pflege.

Bis zum Inkrafttreten des PfWEG war die Anzahl der Pflegeplätze in der besonderen stationären Dementenbetreuung auf 600 begrenzt. Der Wegfall dieser Deckelung hat sich auch in Bergedorf ausgewirkt: Das Seniorenzentrum Kellinghusen und das Pflegeheim Moosberg haben mit dem Sozialhilfeträger bereits Vergütungsvereinbarungen geschlossen und stellen für den Bezirk Bergedorf insgesamt 46 Plätze zur Verfügung. Auch das Seniorenzentrum Elim beabsichtigt den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Sozialhilfeträger und wird dann 25 Plätze im Rahmen der besonderen stationären Dementenbetreuung anbieten.

Die Feststellung der leistungsrechtlichen Voraussetzungen für diese Betreuungsform trifft bzw. überprüft die Pflegefachkraft in der Bedarfsfeststellung (ehemals Pflegefachdienst). Im Rahmen dieses auf zwei Jahre angelegten Projektes hat nach intensiver Qualifizierung seit 2009 eine Mitarbeiterin die pflegerische Bedarfsfeststellung übernommen und wird zukünftig auch die Pflegeeinstufung bei nicht pflegeversicherten Antragstellern gewährleisten, die bisher vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen geleistet wurde.

Eingliederungshilfe, Gesamtplanverfahren

Die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des Gesamtplanverfahrens für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe konnte 2009 abgeschlossen werden. Das Fachamt Eingliederungshilfe im Bezirksamt Wandsbek führt seit Juni 2009 für die vom Bezirksamt bewilligten ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe das Fallmanagement auf der Basis des Gesamtplanverfahrens durch. Damit sind in Hamburg auch für diese Leistungen die Voraussetzungen für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben zur Erstellung von Gesamtplänen, eine Vereinheitlichung der Standards bei der Leistungsgewährung sowie eine effektive Prozess- und Kostensteuerung geschaffen.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

In der Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle weisen alle Aufgabenbereiche weiterhin hohe Fallzahlen auf, die in der Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen und der Wohnungssicherung dem hohen Niveau von 2008 entsprechen. Die öffentliche Unterbringung obdachloser Einzelpersonen und Familien ist sogar noch gestiegen und hat im Vergleich zu den Vorjahren einen Höchstwert von 166 Haushalten (ohne Dezember 2009) erreicht. Die Platzkapazität für obdachlose Haushalte ist in Hamburg voll ausgeschöpft.

Im Bereich der Wohnungsvermittlung ist die Anzahl der Vermittlungen an wohnungslose Haushalte durch Wohnungsunternehmen, die den Kooperationsvertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg abgeschlossen haben, wie schon im Jahr 2008 weiter rückläufig. Unverändert stellt die Fachstelle fest, dass die Konkurrenz unter den Wohnungssuchenden zunimmt. Wer in der Vergangenheit bereits Mietschulden hatte oder aus sonstigen Gründen geringere Akzeptanz der Vermieter findet, sucht trotz der Unterstützung der Fachstelle länger nach geeignetem und bezahlbarem Wohnraum.

Die Erteilung von Wohnberechtigungsbescheinigungen (§5-Scheinen) ist gegenüber dem Vorjahr relativ konstant. Die Anzahl der ausgegebenen Dringlichkeitsscheine und Dringlichkeitsbestätigungen hat zugenommen, wobei die Schwankungen bei den Dringlichkeitsbestätigungen insbesondere aus der Fluktuation in den Unterkünften resultiert.

Wohngeld

Zum 01.01.2009 ist das neue Wohngeldgesetz mit diversen Leistungsverbesserungen in Kraft getreten: Anhebung der Miet-Höchstbeträge und Wohngeld-Tabellenwerte, Einführung einer Heizkostenkomponente und einer Einmalzahlung für Heizkosten. Wie erwartet lag in der Bewältigung dieser Wohngeldnovellierung eine besondere Herausforderung. Allein im ersten Kalenderhalbjahr, bis Ende Juni also, sind 1.938 Anträge auf das „neue Wohngeld“ gestellt worden, von denen 2/3 bewilligt werden konnten. Dieser herausragende Aufgabenschwerpunkt konnte nur durch vorübergehende abteilungsübergreifende Unterstützungsmaßnahmen innerhalb des SDZ bewältigt werden. Seit Herbst 2009 wird der Wohngeldabschnitt dauerhaft



durch eine zusätzliche Sachbearbeiterin verstärkt, so dass die noch bestehenden Rückstände (rd. 400 Anträge) nach und nach abgebaut werden können.

Elterngeld

Das Erziehungsgeld ist Geschichte. Seit 2009 ist allein das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) maßgebliche Anspruchsgrundlage, um das Haushaltseinkommen von Familien im Jahr nach der Geburt stabil zu halten und Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Die Anzahl der Empfänger von Elterngeld ist im Berichtsjahr erneut leicht gestiegen.

Unterhaltssicherung

Die Fallzahlen haben sich, nachdem sie im Vorjahr etwas geringer ausfielen, im Berichtsjahr wieder etwas erhöht. Unverändert bleibt, dass diese Leistungen für Wehr- und Zivildienstleistende nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG), die in Bergedorf zentral für ganz Hamburg wahr genommen werden, kaum persönliche Vorsprachen erforderlich machen. Antragstellung und Leistungsgewährung werden weit überwiegend telefonisch oder postalisch abgewickelt. Ob sich die beabsichtigte Novellierung dieses 50 Jahre alten Gesetzes im kommenden Jahr bereits bemerkbar machen wird, bleibt abzuwarten.

Forderungsmanagement

Zur rechtzeitigen und vollständigen Einziehungen von Darlehns- und sonstigen Forderungen des Sozialhilfeträgers, insbesondere in solchen Fällen, in denen die Leistungswährung in die Zuständigkeit von team.arbeit.hamburg wechselte, wurde das 2008 begonnene Projekt im Berichtsjahr fortgeführt. Die Forderungsbearbeitung ist so erfolgreich, dass die für die zusätzlich eingestellten und im Vorjahr qualifizierten Asklepios-Beschäftigten abgeschlossenen Refinanzierungsvorgaben erfüllt werden können. Gut 10 Mio. Euro konnten hamburgweit realisiert werden. Das Projekt wird zur Abarbeitung von Bestandsfällen bis Ende 2012 fortgeführt.

Kennzahl	2007	2008	2009
Hilfen zum Lebensunterhalt			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	202	191	184
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	637	650	681
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	1.183	1.336	1.416
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	448	456	480
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.051	872	785
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	461	482	496



Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	636	730	643
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	619	602	612
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	88,2	88,0	86,0
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	137	161	166
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	83 ₁	63 ₂	47 ₃
Gesamtwohnungszahl	53.372	53.549	53.549 ₄
Davon Sozialwohnungen	10.346	9.778	9.721 ₅
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	1.149	1.247	1.229
Dringlichkeitsscheine	351	319	375
Dringlichkeitsbestätigungen	411	280	315

₁ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 186, mithin insgesamt 269

₂ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 192, mithin insgesamt 255

₃ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 133, mithin insgesamt 180

₄ Aktuelle Zahlen der BSU/-WSB liegen nicht vor.

₅ Quelle: BSU/-WSB. Stand 30.09.2009

Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung			
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.122	1.272	1.670
Anzahl der Empfänger von Erziehungsgeld	906	95	entfällt
Anzahl der Empfänger von Elterngeld	1.013	1.176	1.246
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ₅	1.588	1.534	1.635



3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Sven Dahlgaard, Tel. 428.91 – 2307

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	29,05	28,78	30,23

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Das 2007 neu gegründete Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für Aufgaben der Jugendhilfe- und Sozialplanung, der Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, Seniorenarbeit, Förderung des Ehrenamtes, Integration von Zuwanderern, Stadteilkultur, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Sportförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung.

Die 2009 eingeleitete Schul- und Bildungsreform stellte zusätzliche Anforderungen an das Fachamt, da hier die bezirkliche Beteiligung an diesen Prozessen geleistet wird. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe. Es erfüllt damit Dienstleistungs- und Steuerungsfunktionen auch für die übrigen Fachämter im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit.

Auch die Durchführung des Bergedorfer Kindertages, der Kinderkonferenz, zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste sowie Ferienfreizeiten bildeten zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

3.2.1 Planung, Stadtteilentwicklung und Sanierung

Abteilungsleitung: Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 42891-2530

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die Arbeit in 2009 war geprägt durch die Entwicklung der neuen Hamburger Programmdrucksache „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ (RISE), die am 21. Juli 2009 vom Senat beschlossen wurde. Mit der Umsetzung des Programms RISE wird das Programm „Aktive Stadtteilentwicklung“ abgelöst. Dies bedeutet, dass der Übergangsprozess in das neue Programm mit seinen differenzierten Anforderungen hinsichtlich der Themenbereiche, des Controllings, der Evaluation und des Gebietsmanagements gestaltet werden muss. Im Bezirk Bergedorf stand die Aufstellung eines Entwicklungskonzepts für das Gebiet Lohbrügge-Ost und die fachliche wie organisatorische Vorbereitung von Bergedorf-Süd als Sanierungsgebiet mit der Aufnahme einer Vorbereitenden Untersuchung im Zentrum der Arbeit. Folgende Schwerpunkte sind dabei zu nennen:

1. Aktive bzw. Integrierte Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Ost

Das Bezirksamt hat die Lawaetz-Stiftung mit der Durchführung der Abstimmungsprozesse in Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung zwischen Bürgern, Trägern und Bezirk sowie der Aufstellung des Entwicklungskonzeptes beauftragt. Hierzu fand eine öffentliche und gut besuchte Entwicklungskonferenz mit Bürgerinnen und Bürgern, Trägern und Verwaltung statt. Das Entwicklungskonzept wurde in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt entwickelt und im Dezember 2009 den Abgeordneten in der Bezirksversammlung zur weiteren Beratung



übergeben. Das Entwicklungskonzept beinhaltet eine sog. Zeit-Maßnahmen-Kosten Planung, die in 2010 mit den beteiligten Behörden und Kostenträgern verbindlich abgestimmt und nach Befassung der Bezirksversammlung vom Senat beschlossen werden soll.

2. Nachsorge Lohbrügge-Nord

Zwei Jahre nach Abschluss der Stadtteilentwicklung in Lohbrügge Nord (nach dem Programm der „sozialen Stadtteilentwicklung“) konnte auch in 2009 eine, wenn auch verminderte, Gebietsbetreuung durch die Lawaetz-Stiftung aufrecht erhalten werden. Gemeinsam mit den örtlich vertretenen Wohnungsbaugesellschaften wurde eine Arbeitsplanung erstellt, die insbesondere darauf abzielt, über die Lebensqualität in Lohbrügge zu informieren und für Lohbrügge als Wohnstandort zu werben. Darüber hinaus konnten gemeinsam mit dem

Verwalter konkrete Pläne zur Wohnumfeldgestaltung des Lindwurms erarbeitet und eine Bewohnerversammlung im Juni durchgeführt werden.

3. Bergedorf-Süd

Am 17.03.2009 wurde durch den Senat beschlossen, für das Gebiet Bergedorf-Süd vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch einzuleiten. Damit sollen Grundlagen erhoben werden zur Bewertung des städtebaulichen Erneuerungsbedarfs und einer möglichen Festlegung als Fördergebiet. Nach einem Auswahlverfahren wurde im August der Auftrag zur Durchführung der vorbereitenden Untersuchungen an ein Unternehmen vergeben, das eine Bestandsaufnahme macht, eine Mängel- und Potenzialanalyse erstellt und daraus ein Entwicklungskonzept ableitet. Im Rahmen dieser Untersuchung fanden am 28.09.2009 ein gut besuchter Informationstermin in der Hasse-Aula und am 31.10.2009 ein Workshop mit Bewohnerinnen und Bewohnern, Eigentümern und Gewerbetreibenden statt. Dort wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe initiiert, die sich seitdem regelmäßig ein- bis zweimal monatlich trifft und den Prozess begleitet.

4. Weitere Aufgaben:

Neben diesen zentralen Themenbereichen sind in der Abteilung weitere Aufgaben in einer breiten Themenpalette verfolgt worden, von denen insbesondere folgende zu nennen sind:

- Entwicklung und Unterstützung eines ESF-Projekts zur Existenzgründung für Migranten
- Bewertung von Arbeitsgelegenheiten im Rahmen des von team.arbeit.hamburg durchgeführten Interessenbekundungsverfahrens
- Antragstellung zu Modellvorhaben im Rahmen der Stadtteilentwicklung
- Mitwirkung in der Steuerungsgruppe Bilden-Beraten-Betreuen zum Aufbau eines bezirklichen Bildungsmanagements
- Abschluss bzw. Inbetriebnahmen von Projekten aus LSH-Maßnahmen aus den Jahren 2007 / 08 (Einweihung Spielplatz Ludwig-Rosenberg-Ring (29.5.), Aktivtreff (27.11.), Absicherung Integration durch Bildung)
- Aufbau und Aktualisierung des Internetauftritts zur Stadterneuerung.



3.2.2. Steuerung und Förderung

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Mit den dem Fachamt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln fördert die Abteilung die soziale Infrastruktur im Bezirk Bergedorf.

In der Abteilung sind folgende Förderbereiche zusammengefasst: (In der Klammer ist die Zahl der in 2009 geförderten Projekte beziffert)

- Förderung der Stadtteilkultureinrichtungen (2), Förderung der Bürgerhäuser (6), Anträge auf Projektförderung und Sondermittel (103), die Organisation von Veranstaltungen (2)
- Förderung der Erziehung in der Familie (8)
- Förderung der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ (23)
- Förderung von Projekten der „Sozialräumlichen Angebotsentwicklung“ (5)
- Förderung von Projekten im Bereich „Senioren und Soziales“ (5)
- Einzelanträge aus dem Bereich der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ (15)
- Bearbeitung der Zuwendungen aus den Bereichen „Soziale Stadtteilprojekte“ und Projekte aus dem Programm „Lebenswerte Stadt“
- Planung und Einwerbung der Investitionsmittel für die Bereiche „Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ und für den Bereich „Förderung der Erziehung in der Familie“

2009 wurden für 2010 die Projekte der „Sozialräumlichen Angebotsentwicklung“ neu ausgeschrieben. Die Abteilung Steuerung und Förderung war insbesondere an der Feinspezifizierung der Konzepte und der Bildung von Qualitätskennzahlen beteiligt. Außerdem war die Planung der Investitionsmittel für die Jahre 2011 – 2015 vorzubereiten und abzuschließen.

Im Bereich der Förderung der Stadtteilkultur wurden neben der Betreuung und Beratung von ca. 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen Anträge zur Förderung kultureller Projekte und zahlreiche weitere Einzelanträge auf Zuwendungen bearbeitet.

Das Stadtteilkulturzentrum LOLA und das Kultur- und Geschichtskontor erhielten wie in den Vorjahren eine institutionelle Förderung und die Bürgerhäuser Zuwendungen zur Deckung ihrer Betriebskosten.

Im Juni wurde der 3. Kindertag mit der Kinderkonferenz durchgeführt und im August 2009 fanden unter reger Beteiligung der Bergedorferinnen und Bergedorfer das Rathausfest und das Fest der Nationen statt.

3.2.3. Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Abteilungsleiter: Gottfried Volkmann, Tel. 428912484

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die **Erziehungsberatungsstelle** (EB) leistete auch 2009 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bot Kindern, Jugendlichen und Familien Hilfen bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen sowie bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an.

Die Zielsetzung, die durchschnittliche Wartezeit für ein Erstgespräch bei Neuanmeldung unter 28 Tage zu halten, konnte in 2009 mit einer durchschnittlichen Wartezeit von unter 20 Tagen gut erfüllt werden.

Die Kooperation mit der Elternschule Bergedorf-West und dem Eltern-Kind-Zentrum der KITA „Regenbogen“ wurde weitergeführt und organisatorisch auf die Bedarfe abgestimmt.



Der Umzug der Dienststelle, die 28 Jahre am Bornbrook ihren Standort hatte, zum Oberen Landweg 10 (früherer ASD-Standort) verlief reibungslos. Der neue Standort hat sowohl bei den ratsuchenden Bürgern - sehr gute Erreichbarkeit und zentral gelegen - als auch bei den Mitarbeitern der Dienststelle eine hohe Akzeptanz. Da dieser Standort aber nur als Übergangslösung gedacht ist, beteiligte sich die EB in 2009 an den Sitzungen der Projektgruppe „Dienstleistungszentrum“.

Seit September 2005 ist die EB auch für Zuschüsse bei der **Familienerholung** zuständig. Dieser Service wurde auch 2009 wieder sehr gut in Anspruch genommen.

Die **Elternschulen** arbeiten präventiv. Sie förderten 2009 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereiteten junge Menschen in der Vorphase auf die Familiengründung, auf die Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor. Darüber hinaus trug auch in dem Berichtsjahr die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnten die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten.

Die Angebote der Elternschulen wurden zweimal in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.

Im Sommer 2009 stand der Umzug der Lohbrügger Elternschule von der Grundschule Max-Eichholzring (es wurde seitens der Schule Eigenbedarf angemeldet) zur Schule Richard-Lindeweg an. Hier konnte ein ganzer Pavillon bezogen werden, eine für die Elternschule sehr akzeptable Lösung. Dies wird aber möglicherweise nur eine Übergangslösung sein, da die schulischen Bedarfe im Hinblick auf die kommende Schulreform nicht klar sind. Es gilt für die Zukunft, eine verlässliche Lösung der Standortfrage für die Elternschule zu erreichen.

3.2.4. Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Abteilungsleitung: Wolfgang Westerhoff, Tel. 42891-2076

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Neben den Angeboten der freien Träger steht auch die kommunale Kinder- und Jugendarbeit vor besonderen Herausforderungen. Stichworte dazu sind die Bildungs- und Schulreform und die Themen Kinderarmut und Vernachlässigung von Kindern.

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Sie müssen sich jedoch ebenfalls den sich ändernden Rahmenbedingungen sowohl in programmatischer als auch struktureller Hinsicht anpassen. Dies gelang unter anderem, indem weitere Kooperationen mit Trägern, Sportvereinen und Schulen eingegangen wurden.

Zum Stichwort Kinderarmut muss festgehalten werden, dass die kommunalen Einrichtungen sich neben der Betreuungs- (Beratungs-) und der außerschulischen Bildungsarbeit zunehmend dem Thema Versorgung stellen mussten. Kochen als Gemeinschaftserlebnis wird hinsichtlich seiner Bedeutung immer mehr zu einem existentiellen Thema.

Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Kinderrestaurant“ im Spielhaus am Kurt-Adams-Platz fortgeführt (und wird verstetigt werden).

Breiten Raum im Angebot der kommunalen Einrichtungen nehmen Ferienfahrten und Freizeiten ein. Neben einer großen Sommerferienaktion auf Föhr, an der Kinder- und Jugendliche von 5-18 Jahren teilgenommen haben, gab es eine Vielzahl von Wochenendfreizeiten und Tagesausflügen.

2009 entschlossen sich die 6 kommunalen Einrichtungen, ein Freizeitgelände in der Südheide dauerhaft für diese Zwecke anzumieten.



Die **Häuser der Jugend** stellten auch 2009 ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den „Standards“ offener, sportlich orientierter (Kajak, Fußball, Tischtennis, Karate, Tae Kwon Do usw.) oder handwerklich-technischer Gruppen (Holzwerkstatt, Computer, 2- und 4-Rad-Werkstatt) gab es auch „Ausgefalleneres“, wie Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere, Jazz-Dance oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser waren alle Angebote konsequent nachfrageorientiert. Für die Jugendlichen des Bezirks bestand so eine sehr direkte und weitreichende Einflussnahmemöglichkeit auf das konkrete Angebot „ihrer“ Freizeittreffpunkte.

In fachlicher Hinsicht leisteten die HdJ im Jahresverlauf ferner eine Vielzahl von Einzelhilfen oder -beratungen für die betreuten Jugendlichen. Sie waren außerdem direkt beteiligt an regionalen oder bezirklichen Kooperationsverbänden: Aktuell sind dies beim HdJ Heckkaten weiter das bezirkliche Drogenpräventionsangebot „Lass 1000 Steine rollen“ sowie das Projekt „F.aktiv“ sozialräumlicher Angebotsentwicklung in Bergedorf-West. Das HdJ Lichtwarkhaus ist Partner der ARGE-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit und engagiert sich gemeinsam mit anderen Fachkräften für das Kerngebiet von Bergedorf. Ende 2009 wurde die „Jugendbude“ in Lohbrügge fertig gestellt und wird nun von den jungen Menschen und ihren Betreuern ausgestattet. Sie bietet deutlich mehr Platz als der Vorgängerbau und ist organisatorisch dem HdJ Lichtwarkhaus angegliedert.

Trotz der Ausweitung der Kindertagesbetreuung, ist die Nachfrage nach den Angeboten der Spielhäuser gleichbleibend hoch. Durch den hamburgweit eingeführten Vormittagsbetrieb (09.00 - 12.30 Uhr) konnten die Spielhäuser ihre Angebotspalette insgesamt ausweiten. In den 4 **kommunalen Spielhäusern** werden täglich Kinder im Alter von 3 - 12 Jahren vor- bzw. nachmittags betreut. Daneben bieten die Häuser während der Ferienzeiten ein umfangreiches Freizeit- und Ferienprogramm an.

Die Gruppenangebote im Elementarbereich (3 - 6 Jahre) finden in den Vormittagsstunden statt. Der Zugang ist ohne Formalitäten möglich, und so können auch Kinder erreicht werden, welche andere Formen der Tagesbetreuung nicht nutzen. Für Kinder mit Migrationshintergrund wird eine Sprachförderung angeboten. Damit wird die Grundlage für einen erfolgreichen Schulbesuch gelegt. Die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten bieten gute Möglichkeiten, über den Tag differenzierte Angebote zu entfalten. Diese fördern sowohl die motorischen als auch die kognitiven Fähigkeiten der Kinder.

Die hohe Auslastung der Einrichtungen zeigte den Bedarf im Berichtsjahr.

3.2.5. Sportangelegenheiten

Abteilungsleitung: Fred Osterhage Tel. 42891 2826

Aufgabe und Entwicklung in 2009

In der neu gegründeten Abteilung Sportangelegenheiten erfolgt neben der Betreuung der im Bezirk vertretenen Sportvereine auch die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportplätze und Turnhallen. Ein Schwerpunkt ist die Unterhaltung und Instandhaltung der staatlichen Sportstätten.

2009 aufgelegte Konjunkturprogramme des Bundes und der Stadt Hamburg haben es möglich gemacht, die Sportinfrastruktur im Bezirk weiter zu verbessern. Ein besonders ehrgeiziges Projekt war dabei die Sanierung und der Umbau des Billtalstadions. Nach nur 4 Monaten Bauzeit konnte das Stadion im Herbst 2009 vor über 2000 Zuschauern neu eröffnet werden.

Maßnahmen im Rahmen der Sanierungsoffensive waren die Schaffung eines weiteren Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost sowie kleinere Sanierungsmaßnahmen am Fritz-Reuter-Platz und der Sportanlage Mittlerer Landweg.



Begonnen wurde 2009 auch mit den Planungen zur Schaffung weiterer Kunstrasenplätze an den Sander Tannen für die auch Mittel im Rahmen der Sanierungsoffensive bereitgestellt wurden.

2009 bestand ein weiterer Arbeitsschwerpunkt darin, die Verteilung von Nutzungszeiten für Sportplätze und Sporthallen neu zu organisieren und ein entsprechendes Datenbankprogramm zu entwickeln. Hierdurch konnte die Nutzung dieser Sportanlagen weiter intensiviert werden.

Erhebliche Einschränkungen im Sportbetrieb und hier insbesondere im Bereich Rollsport, hat der Brand der Sporthalle Sander Tannen mit sich gebracht. Ein geplanter Neubau wird voraussichtlich erst 2011 eine spürbare Entlastung mit sich bringen.

Wie in den Vorjahren wurden auch 2009 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert sowie die Ehrungen von über 200 Sportlerinnen und Sportler für herausragende Leistungen organisiert.

3.2.6. Sonstige Aufgaben

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Seit Februar 2009 wurde diese Aufgabe Frau Regine Schilde übertragen. Damit ist es dem Fachamt nunmehr möglich, eine dezidierte Sozialraumplanung zu entwickeln.

In der Jugendhilfe – und Sozialplanung werden auf verschiedenen bezirklichen Ebenen, wie stat. Gebieten, Sozialräumen, Planungsräumen, Stadtteilen im Vergleich zum Gesamtbezirk und Hamburg relevante Datenbestände und Analysen erstellt.

Dieser Prozess wurde 2009 begonnen und wird sukzessive im Rahmen von Datenerhebungen und Sozialmonitoring fortgesetzt.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Erstellung von Quartiers- und Sozialraumberichten gelegt. So ist es 2009 gelungen, einen solchen Bericht für das Quartier Dorfanger Boberg zu erstellen und mit Experten aus dem Stadtteil mit dem Ziel zu erörtern, die soziale Infrastruktur und die Vernetzung sowie das ehrenamtliche Engagement zu stärken.

Auch für das Quartier Bergedorf-West wurde 2009 ein solcher Bericht erstellt, die externe Abstimmung hierzu steht jetzt bevor.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt in diesem Bereich umfasst das Berichtswesen zur offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Angebotsentwicklung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2009 erstmals exklusiv für den Bezirk Bergedorf ausgewertet und im Rahmen einer Auswertungskonferenz mit dem Jugendhilfeausschuss und den beteiligten Trägern diskutiert.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse war es 2009 auch möglich, den Prozess zur Ausweitung der sozialräumlichen Angebotsentwicklung zu steuern und zu begleiten.

Des Weiteren konnten auf der Grundlage der verfügbaren Daten, Informationen und Analysen spezifische und fachübergreifende Fragestellungen (z.B. zu ausgewählten Quartieren und Sozialräumen oder themenbezogen, z.B. zur Jugendhilfe) beantwortet werden.

Die Jugendhilfe- und Sozialplanung erfolgt im Abgleich mit verschiedenen Globalrichtlinien, Senatskonzepten sowie in fachlicher Abstimmung mit anderen Ämtern und Fachbehörden. Die so gewonnen Erkenntnisse werden fachübergreifende Planungsprozesse weiter verbessern können.



Bezirkliche Seniorenarbeit

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Mit der Bezirksverwaltungsreform wurde festgelegt, dass u.a. die Angebote für Senioren im Bezirk kleinräumig durch das Fachamt Sozialraummanagement geplant und koordiniert werden.

Seit Oktober 2009 wurde diese Aufgabe Frau Angelika Raum übertragen.

Damit ist es dem Fachamt nunmehr möglich, die bezirkliche Seniorenarbeit in die sozialraumorientierte Planung und Förderung der sozialen Infrastruktur einzubeziehen.

Dieser Prozess wurde 2009 mit einer Bestandserhebung der Senioreneinrichtungen und ihrer Angebote begonnen und wird mit einer Analyse der gewonnenen Erkenntnisse, im Hinblick auf zukünftige Bedarfe und unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, fortgesetzt.

Hierdurch wird es möglich sein, die Seniorenarbeit durch bedarfsorientierte Planung und Koordinierung an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

3.3 Fachamt Jugend und Familienhilfe

Leitung: Helmut Lerch, Tel. 42891-2300

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	52,94	53,09	59,14

Übergreifende Planung und Steuerung

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Das Fachamt Jugend- und Familienhilfe hatte in 2009 mehrere Herausforderungen zu bewältigen:

- mehrfache Rechtsänderungen für den Bereich Amtsvormundschaften / Beistandschaften
- mehr Bewilligungen von Kita-Gutscheinen als im Vorjahr
- die Einführung des Arbeitsbereiches „Gewaltprävention im Kindesalter“
- zusätzliche Aufgaben für den ASD durch eine neue ASD Fachanweisung
- Konsequenzen im Kinderschutz durch den tragischen Tod der kleinen Lara
- Sozialraumorientierung des ASD mit Begleitung von Projekten
- verstärkte Zusammenarbeit mit Trägern für die ambulanten und stationären Hilfen
- Einführung der Einheitssachbearbeitung im Unterhaltsvorschuss
- Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit
- Umzug der Abteilungen Amtsvormundschaften, Unterhaltsvorschuss, Kindertagesbetreuung und Hilfen zur Erziehung Kosten in den Brookdeich
- Umzug des ASD innerhalb des bisherigen Standortes.

Gerade für die reibungslose Durchführung des Umzug bedurfte es eines erheblichen Aufwandes, von der detailliert koordinierten Planung und Organisation über die Information für die Bürger bis zur Gestaltung des Empfangsbereichs.

Bei allen damit verbundenen Widrigkeiten für Bürger und Mitarbeiter nur ein Jahr vor Bezug des neuen Dienstleistungszentrums am Bahnhof wurden der Stadt dadurch Mehrausgaben in nennenswerter Höhe erspart.

Inzwischen haben sich die 2 Standorte mit viel Engagement der Mitarbeiter eingespielt und werden gut angenommen.



Fachlich war 2009 das Thema Kinderschutz weiterhin für die Arbeit der Jugendhilfe prägend und wurde in der Diskussion durch den Tod der kleinen Lara bestimmt.

Fortbildungskurse zur Kinderschutzfachkraft wurden durchgeführt, an denen vermehrt Vertreter freier Träger der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben.

Auch dieses Jahr gab es eine Feierstunde für die zertifizierten Kinderschutzfachkräfte im Spiegelsaal.

Ebenfalls im Sinne von Prävention wurde in Bergedorf der Arbeitsbereich „Gewaltprävention im Kindesalter“ als Teil eines Senatsprogrammes eingeführt. Die zuständigen Mitarbeiter machen Eltern und Kindern Angebote, mit Gewaltproblematik umzugehen. Gleichzeitig werden aber auch Schulungen für Fachpersonal (Kitas, freie Träger) durchgeführt. Eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen über Rebus und anderen Institutionen wie der Polizei ist vorgesehen.

Eine weitere entscheidende Entwicklung hat es für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) gegeben:

Die Einführung der neuen Fachanweisung mit den damit verbundenen Aufgaben des Eingangs-Fall- und Netzwerkmanagements und neuen Aufgaben im Kinderschutz.

Darüber hinaus wurden im Rahmen eines Kontraktes zwischen Bezirksämtern, Fachbehörde und Finanzbehörde zur Reduzierung der Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung und einer Qualitätsoffensive in der Jugendhilfe weitere Stellen für den ASD zur Verfügung gestellt. Obwohl wegen des Wechsels erfahrener Fachkräfte noch weitere Stellen zur Besetzung anstanden, konnten entgegen dem Trend in anderen Bezirken für alle Stellen geeignete Fachkräfte gewonnen werden. Ca. 1/3 aller Stellen beim ASD sind damit mit neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt, die mit einem eigens aufgelegten strukturierten Einarbeitungsprogramm qualifiziert integriert werden konnten.

Ziel des ASD ist es, mit möglichst passgenauen Hilfen dem Hilfebedarf von jungen Menschen, die einen Schutzanspruch gegenüber dem Staat haben, gerecht zu werden. Angestrebt mit dem Personalzuwachs ist daneben eine Konsolidierung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung. Dieses Projekt ist auf mehrere Jahre angelegt.

Mit dem Personalzuwachs konnte auch das Eingangsmanagement des ASD reorganisiert werden, was zu einer sehr guten Präsenz und Annahme der Beratungsangebote führte.

Die Zusammenfassung des ASD an einem zentralen Standort hat sich bewährt, was sich auch an den zunehmenden Zahlen der persönlichen Beratungen widerspiegelt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) wurden die SAE-Projekte neu ausgeschrieben und Träger vom Jugendhilfeausschuss ausgewählt. Die durchgeführten Planungswerkstätten zur Vorbereitung wurden vom Jugendamt begleitet.

Mit dem Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge konnte eine Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfe geschlossen werden, die neue Wege in der Zusammenarbeit beschreitet.

Eine gute Zusammenarbeit hat es auch zwischen Theorie und Praxis gegeben:

Mit der Hochschule des Rauhen Hauses für Sozialpädagogik gab es gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen, tlw. sogar zusammen mit den Mitarbeitern von kooperierenden Trägern der Jugendhilfe. Eine weitere vertiefte Zusammenarbeit ist geplant, wie ein wissenschaftliches Begleitprojekt eines Masterstudienganges für Lohbrügge Ost.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften Kinder- und Jugendarbeit sowie Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII haben weiterhin zusammen getagt. Damit war ein verstärkter Austausch zwischen den Trägern für Hilfen zur Erziehung und der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet.



Koordinatorin für Kinderschutz

Aufgabe und Entwicklung in 2009

In Kinderschutzfragen wurde die Koordinatorin zunehmend für Fall- und Fachgespräche hinzugezogen. Der tragische Tod der kleinen Lara führte auch in Bergedorf zu Konsequenzen: Alle laufenden Fälle der 0-6 jährigen wurden im Frühjahr einer zusätzlichen Prüfung unterzogen. In Gesprächen mit den Fallzuständigen Fachkräften und den Leitungen des ASD konnten Anregungen aufgenommen werden, die im weiteren Verlauf Einfluss genommen haben auf spätere Verabredungen oder Standards in der Fallbearbeitung.

Die Grundlagen für die Zusammenarbeit bei Kindeswohlgefährdungen wurden für verschiedene Bereiche und Schnittstellen beschrieben:

- Verabredung zum Umgang mit Familien bei Kindeswohlgefährdung zwischen dem Jugendamt Bergedorf und den freien Trägern – Umsetzung des Schutzauftrages nach § 8a Abs. 2 SGB VIII
- Kindeswohlgefährdung – Verfahren in Risikofällen
- Ergänzende Arbeitshilfe für den ASD zur Hilfeplanung für Familien mit 0-3 jährigen Kindern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
- Jahresbericht Kinderschutz der Bezirksamter
- Handlungsempfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen ASD und Vormündern bei minderjährigen Müttern.

In Zusammenarbeit mit den Bergedorfer Schulen gab es einen Informationsnachmittag für Beratungslehrer mit den Themen: Arbeitsbereich des Jugendamtes, Kinderschutz und Formen gelungener Zusammenarbeit.

In 2009 hat der dritte Kurs für zertifizierte Kinderschutzfachkräfte stattgefunden. Eine feierliche Würdigung fand im Juni auf Einladung des Bezirksamtsleiters statt. Die Begleitung der Bergedorfer Kinderschutzfachkräfte wurde in diesem Jahr viermal mit fachlicher Unterstützung des Kinderschutzzentrums und der Koordinatorin an verschiedenen Orten im Bezirk durchgeführt. Seit dem tragischen Tod des Kindes Lara aus Wilhelmsburg haben sich die Kinderschutzfachkräfte mit den Auswirkungen der Debatte um fachliche Standards und Verantwortlichkeiten für Hilfen auseinandergesetzt.

Im September fand eine Veranstaltung der Kinderschutzfachkräfte und des KISZ (Kinderschutzzentrum) mit dem Thema: „Professionelles Handeln bei Sexueller Gewalt“ statt. An der Vor- und Nachbereitung des Fachtages im Jugendamt ebenfalls im September zum Thema: „Gemeinsame Standards in der Fallbearbeitung“ mit Mitarbeitern des ASD und freier Träger war die Koordinatorin beteiligt.

Die Koordinatorin hat im vergangenen Jahr zusätzlich an der Steuerungsgruppe „Handeln gegen Jugendgewalt“ teilgenommen sowie an der bezirklichen Fachkommission.

Neben der Teilnahme und der Initiierung von Projekten im Themenbereich Kinderschutz wurde ganz besondere Bedeutung auf die Einarbeitung der neuen Mitarbeiter in Bezug auf den Kinderschutz gelegt, und zwar mit den Schwerpunkten:

- Arbeitsbereich Kinderschutz
- Rechtliche Grundlagen
- Begriff der Kindeswohlgefährdung
- Krisenleitfaden
- Risikoeinschätzung
- Hausbesuche
- Fallgespräche und Fragen rund um den Kinderschutz
- Fortbildungsmöglichkeiten.



Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Im Zuge der ASD Fachanweisung und der damit verbundenen Aufgaben wurde in Bergedorf zur Umsetzung eine eigene, hierarchieübergreifende ASD Projektgruppe eingerichtet, die monatlich tagt.

In diesem Sinne wurde die Erstberatung/Eingangsmanagement des ASD reorganisiert und personell neu aufgestellt sowie durch Einführung eines Teilrotationsprinzips ergänzt. Eine Evaluation ist für Mai 2010 geplant.

Durch die Einführung des Rotationsprinzips hat sich die Lage deutlich verbessert und die umfänglichen Präsenzzeiten werden sehr positiv von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern angenommen.

Der ASD ist somit für Neuanliegen durchgängig erreichbar: Montag bis Mittwoch 8.00 bis 16.00, Donnerstag 8.00 bis 17.30 und Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr.

Neben der persönlichen Erreichbarkeit mit der Möglichkeit der sofortigen Beratung und Anliegensklärung konnte auch die telefonische Erreichbarkeit deutlich verbessert werden.

Durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung haben die Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen gegenüber dem Vorjahr auch in 2009 weiter zugenommen. Das Angebot für Kurzberatungen konnte trotzdem deutlich ausgeweitet werden, die Neuanliegen werden zu über 80% abschließend bearbeitet.

Die Teambildung wurde durch gemeinsame Teamtage mit externer Praxisberatung gefördert.

Auch in der Erstberatung findet das Instrument der kollegialen Beratung Anwendung. Dieses Instrument wird fortlaufend methodisch reflektiert und weiterentwickelt.

Alle Abteilungen des ASD's setzten die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige kollegiale Beratung und eine fachlich fundierte Risikoeinschätzung bei Meldungen von Kindeswohlgefährdung fort.

Der Hilfebedarf in der Bevölkerung bei den Hilfen zur Erziehung ist weiterhin deutlich gestiegen, ebenso wie die Hilfen auch die Ausgaben. Es zeigt sich jedoch auch, dass ein Schritt in Richtung wirksamer Kinderschutz vollzogen wurde.

Dazu trägt bei, dass das Jugendamt durch seine gute Erreichbarkeit schneller und frühzeitiger in Anspruch genommen wird.

Sowohl die Erstberatung als auch das Fallmanagement des ASD, welches für längerfristige Begleitungen und Hilfen zuständig ist, haben begonnen sich stärker in den Sozialräumen zu vernetzen, um damit die Bürger noch zielgerichteter auf andere Hilfen verweisen zu können.

Für die Hilfen nach § 35 a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte) wurden Standards zur Beurteilung von Teilhabebeeinträchtigungen und zur Durchführung von Lerntherapien in Kooperation mit Rebus Bergedorf und dem Jugendpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes erarbeitet und liegen als Arbeitshilfen vor.

Projekte

Auch in Bezug auf die neue Ausschreibung der SAE Projekte (*Sozialräumliche Angebots Entwicklung*) wurde die sozialräumliche Ausrichtung des ASD und der Träger weiter verfolgt. Bedingt durch die hohen Bedarfe an Hilfen zur Erziehung in den Planungsräumen Lohbrügge und Allermöhe/ Bergedorf-West konzentrierten sich auch die SAE-Projekte auf diese Bereiche. Die Zusammenarbeit mit den Trägern dieser Projekten war sehr positiv und wird auch in 2010 in den neuen, teilweise fortgeführten, SAE Projekten in Allermöhe, Lohbrügge, Bergedorf-West, Bergedorf Kern und dem Landgebiet ihren Fortgang nehmen.



Mit dem Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und Rebus konnte eine übergreifende Zusammenarbeit hergestellt werden. Auch dieses Projekt wird vom ASD zukünftig begleitet werden in Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett.

In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten. Mit allen Projekten konnten in der Zusammenarbeit sehr gute Erfahrungen gemacht werden. Die Projekte sind ein wichtiger Baustein für den Kinderschutz und werden 2010 weiter geführt.

Die **Angebotsberatung** für stationäre Hilfen zur Erziehung wurde in 2009 neu aufgestellt. In der Zusammenarbeit mit Hamburger Trägern sollen passgenaue und preiswertere Angebote für stationäre Hilfen von Kindern und Jugendlichen erstellt und vermittelt werden.

Gewaltprävention im Kindesalter

Die Aufgabe Gewaltprävention im Kindesalter wurde für Bergedorf konzeptionell neu entwickelt und ist zusätzlich für gemeinsame Falleinschätzungen in die Erstberatung eingebunden. Neben den durchgeführten Schulungen wurden auch schon die ersten Einzelfälle bearbeitet.

Durchschnittsfallzahlen	2007	2008	2009
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	184	216	244
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	95	107	115
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	179	195	225
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	36	52	63
- Ausgaben für HzE in T€	12.218	14.000	16.540

Kindertagesbetreuung

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische und Tagespflege. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Durchführung von Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und ggf. die Ausstellung einer Bewilligung bzw. Pflegeerlaubnis sowie die Vermittlung von Tagespflegepersonen.

Im Zentrum der Kindertagesbetreuung stand das Ziel, eine möglichst hohe Kundenzufriedenheit und Rechtssicherheit von Eltern und Einrichtungen zu gewährleisten.

Dieses ist der Abteilung durch kompetente und freundliche Beratung sowie eine hohe Anzahl zeitnaher Bewilligungen zum Jahresbeginn wieder gut gelungen.

Insbesondere in den Sommermonaten hat sich aufgrund personeller Veränderungen und Krankheitsausfällen ein Bearbeitungsstau ergeben, so dass Bewilligungen zum Kindergarten- und Schuljahresbeginn 2009/2010 nicht immer zeitnah erteilt werden konnten. Eine zeitnahe Bewilligungspraxis konnte zum Ende des Jahres wieder gewährleistet werden.



Eine zusätzliche Herausforderung war die Umsetzung der Vorschriften zum beitragsfreien vorschulischen Jahr ab 01. September 2009, weil damit u.a. ein erhöhter Beratungsbedarf der Eltern (insbesondere bei sog. „kann-Kindern“) einherging. Nachdem die gesetzlichen Änderungen Ende Juni 2009 verkündet wurden, konnten Anfang Juli in Bergedorf ca. 400 Bescheide mit reduziertem Familieneigenanteil gedruckt und versandt werden.

Der Besuch der Vorschule ist seit dem Schuljahr 2009/2010 gebührenfrei.

Trotz des Wegfalls der Gebühren für die Vorschule wurden insgesamt mehr Kita-Gutscheine ausgestellt als im Vorjahr.

Das im Juli 2008 in der Abteilung eingerichtete Eingangsmanagement („Empfang“) für die Beratung der Kunden und die qualifizierte Antragsannahme wurde in 2009 fortentwickelt und im Rotationsprinzip unter Beteiligung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung fortgesetzt.

Die kundenfreundlich gestalteten Öffnungszeiten des Empfangs (montags, dienstags und donnerstags von 9.00 bis 16.00 Uhr und freitags von 9.00 bis 14.00 Uhr) wurden ausgedehnt und darüber hinaus auch noch Einzeltermine angeboten.

Im Bereich der Tagespflege konnten trotz Personalwechsels die Kurse zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen durchgeführt werden. Tagespflegepersonen haben seit Januar 2009 die Möglichkeit, die hälftigen Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung erstattet zu bekommen.

Das Börsenmodul Vermittlung von Tagespflegepersonen wurde Mitte des Jahres in das EDV-Programm ProCAB integriert. In der Folgezeit wurden umfangreiche Daten eingepflegt. Wegen ausstehender Einführungsschulungen konnte das Programm aber leider noch nicht genutzt werden.

	2007	2008	2009
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) Vorschulklassenbeiträge und Tagespflege	10.496	11.776	12.314

Pflegestellenberatung

Aufgabe und Entwicklung 2009

In 2009 konnten weitere Pflegefamilien für die Betreuung von Kindern gewonnen werden, insbesondere in den von Bergedorf betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow Dannenberg und Uelzen.

Der Vertrag mit dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation ist positiv und konnte ausgebaut werden. Es wird einen neuen gemeinsamen Kooperationsvertrag Anfang 2010 geben, das Team wurde aufgestockt.

Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Unterhaltsvorschuss

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.



In 2009 wurde die Einheitssachbearbeitung eingeführt., Dies bedeutet nicht nur die vollständige Abarbeitung eines Falls in Sachen Gewährung und Heranziehung, wie sie bereits praktiziert wurde, sondern auch eine Allzuständigkeit nach außen, so dass es dem Bürger möglich gemacht werden konnte, im Rahmen der eingeführten offenen Sprechzeiten ausnahmslos einen „zuständigen“ Sachbearbeiter anzutreffen.

	2007	2008	2009
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.092	1.081	1.118
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.847	1.800	1.732
- Einnahmen nach dem UVG in T€	230	208	201

Stichtag ist jeweils der 31.12.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Im Bereich der **Beistandschaften** wurden wesentliche Gesetzesänderungen wirksam, die zu einer Arbeitsbelastung in den Einzelfällen nach sich zogen, zum anderen erhebliche Veränderungen in der Rechtsanwendung zur Folge hatten. Dennoch konnte das Ziel, möglichst schnell Unterhaltsregelungen für Kinder zu treffen und die Ansprüche durch Unterhaltsurkunden festzulegen, erreicht werden.

Zum 01.01.2009 wurden die gesetzlichen Mindestunterhaltsregelungen neu festgelegt. Mit dem 01.09.2009 trat das neue Familienverfahrensrecht FamFG (*Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit*) und das Reformgesetz zum FGG (*Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit*) in Kraft. Die gesamten

zivilrechtlichen Verfahrensregelungen wurden neu geordnet und haben Veränderungen aller gerichtlichen Verfahren zur Folge.

Der Beistand hat damit z.B. neue Befugnisse in Vertretungsfällen vor dem Oberlandesgericht hinzubekommen.

Das Teilziel, die Rückstände in der Bearbeitung der Beistandschaften abzubauen, wurde wegen des erhöhten Arbeitsaufwands durch Gesetzesänderungen, Umzugsvorbereitung und -durchführung nicht erreicht. Hinzu kommt die nach wie vor die sehr hohe Gesamtfallzahl und deutlich gestiegene Beratungsanforderungen. Die Unterhaltsrechtsänderung per 01.01.2009 erforderte die zusätzliche Prüfung der Einzelfälle.

Im Bereich der **Amtsvormundschaften** wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel gehalten.

Sich verschärfende Konfliktlagen und erweiterte Erwartungen an die Ausübung der Vormundschaften im Sinne von Kinderschutz stellten weiterhin eine besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder.



	2007	2008	2009
Anzahl der Amtsvormundschaften	142	169	151
Anzahl der Beistandschaften	1.841	1.769	1.755
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	782	780	783
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	102	682*	1.102
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	357	409	489
<i>*neue Zählweise nach Statistik Familienförderung</i>			

3.4 **Fachamt Gesundheit**

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche Gesundheitsamt und Zentrale Dienste	19,72	20,70	21,00

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Neue Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Hervorzuheben aus der Arbeit des Gesundheitsamtes im Jahre 2009 sind:

- der Masernausbruch Anfang des Jahres,
- die Influenza-Pandemie A/H1N1 („Schweinegrippe“),
- das Projekt „Wachstum braucht gesunde Kinder“, Bergedorf hilft Familien in Gesundheitsfragen mit seinen beiden Teilprojekten (Auszeichnung durch die Jury des Förderfonds der Bezirke) und
- der Bergedorfer Schlaganfalltag im Juni.

Einzelheiten hierzu sind den Beiträgen der einzelnen Fachdienste zu entnehmen.



Die im Jahr 2008 begonnene **Integration von Asklepios-Rückkehrern** wurde fortgeführt. Insgesamt wurden 19 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen, nämlich 2 Ärzte, eine Diätassistentin, eine Arzthelferin und 15 Krankenschwestern und Krankenpfleger. Die neuen Mitarbeiter werden in fast allen Bereichen des Gesundheitsamtes eingesetzt. Es fanden zahlreiche zentrale und interne Fortbildungen statt. Die neuen Mitarbeiter unterstützen die bisherigen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Dabei wird es möglich, auch solche Aufgaben anzupacken, die bisher wegen knapper Personalressourcen eher zurückstehen mussten. Die Unterbringung der zusätzlichen Kräfte und die Einrichtung der Arbeitsplätze erfolgte überwiegend in freien Räumen der Freiwilligen Feuerwehr in der Chrysanderstr. 2d (II. und III. Geschoss).

Nachdem Ende des Jahres 2008 die Entscheidung für einen Umzug in das neue **Dienstleistungszentrum** am Bahnhofsvorplatz gefallen ist, beteiligt sich das Gesundheitsamt intensiv an den entsprechenden Vorbereitungen.

Neben dem Gesundheitsamt Eimsbüttel ist das Gesundheitsamt Bergedorf das einzige Amt in Hamburg, in dem **Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz** für Personen durchgeführt werden, die beruflich mit Lebensmitteln zu tun haben. Im Zentralen Dienst wurde zu diesem Thema eine Kundenbefragung durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass das Angebot des Gesundheitsamtes von Bergedorfer Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird.

Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig. Dabei arbeitet das KGFM eng mit anderen Abteilungen des Gesundheits- und anderer Fachämter des Bezirksamts Bergedorf zusammen.

Im Jahr 2009 wurden im Bezirk Bergedorf schwerpunktmäßig Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit, der Seniorengesundheit und die Bergedorfer Gesundheitsgespräche durchgeführt.

Die **Bergedorfer Gesundheitsgespräche** informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) wurden drei Veranstaltungen im Haus im Park zu den Themen Sucht und Suchterkrankungen bei Jugendlichen, Angsterkrankungen

und Arthrose durchgeführt. Dabei wurden hochkarätige Referenten eingeladen. Die Veranstaltungen zum Thema Angsterkrankungen und Arthrose waren sehr gut besucht. Lediglich die Veranstaltung „Ist mein (Enkel-)Kind süchtig? Suchtverhalten und Suchterkrankungen bei Jugendlichen“ stieß wohl aufgrund des heiklen Themas auf weniger Interesse.

Auf dem Bergedorfer **Schlaganfalltag**, der in Kooperation mit dem Haus im Park, KISS, dem Bethesda Krankenhaus, dem Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus u. v. m. stattfand, wurden Vorträge von Experten und Erfahrungsberichte von Betroffenen durch Informations- und Aktionsstände ergänzt. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und fand großes Interesse.

Das Projekt „**Bergedorf beugt vor – Gesundheit macht Schule**“ hatte zum Ziel, mögliche Gesundheitsstörungen (Unter- und Übergewicht) frühzeitig zu entdecken und auf geeignete Maßnahmen hinzuwirken. Körpergewicht, Körperlänge und Blutdruck konnten von 3236 Schülerinnen und Schülern, primär der 5., 7. und 9. Klassen an Bergedorfer Schulen ermittelt werden. Die Eltern der teilnehmenden Kinder erhielten eine individuelle Rückmeldung der Untersuchungsergebnisse sowie ggf. Empfehlungen und Angebote.



Dazu gehörten das Angebot einer Ernährungs- und schulärztlichen Beratung im Gesundheitsamt. In Kooperation mit dem Kinder- und Familienzentrum Neu Allermöhe wurde dort eine Therapiegruppe für adipöse Kinder aufgebaut. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Schulen konnte intensiviert werden. Auf einem Treffen mit Vertretern der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Vertretern des Gesundheitsamtes wurden erste Ergebnisse besprochen und gesundheitsfördernde Maßnahmen an einzelnen Schulen verabredet. Geplant ist, in der Schule Friedrich-Frank-Bogen das Projekt „primakids – Primärprävention und Gesundheitsförderung im Handlungsfeld Schule“ einzuführen.

Dieses Projekt ist ein Teil des Gesamtprojektes „**Wachstum braucht gesunde Kinder**“, **Bergedorf hilft Familien in Gesundheitsfragen**, das beim Wettbewerb „Nachhaltiger Bezirk 2009“ mit € 39.000 prämiert wurde. Der andere Teil dieses Projektes wird im Kapitel Mütterberatung beschrieben.

Es muss betont werden, dass beide Projekte nur mit Unterstützung der neuen Mitarbeiter (Asklepios-Rückkehrer) möglich waren.

Mit dem Ziel, die Inanspruchnahme an Früherkennungsuntersuchungen (U-Untersuchungen) zu erhöhen, konnten für die Teilnahme am Projekt „**Ich geh´ zur U – und Du?**“ von September 2009 bis Januar 2010 15 Kitas gewonnen und bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) angemeldet werden.

Die **Netzwerkarbeit** wurde weiter ausgebaut. KGFM beteiligte sich an den Arbeitskreisen „Bewegung im Norden“ und „Ernährung, Kinder, Schule“ der Hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung (HAG).

Auf dem Treffen, das zwischen Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung, des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und den Leitern der Bergedorfer Seniorenheime stattfand, wurde über die **Seniorengesundheit** in Heimen, insbesondere die ärztliche Betreuung von Heimbewohnern, die Kontrollen durch den MDK, die Dokumentation sowie die Einhaltung von Qualitätsstandards bei finanziellen Beschränkungen, diskutiert. Das vom Gesundheitsamt organisierte Treffen wurde von allen Beteiligten als sehr hilfreich bewertet und soll 2010 fortgesetzt werden.

Für die ambulanten Pflegedienste fand in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsaufsicht eine **Hygienefortbildung** im Haus im Park statt. Die Maßnahme wurde von den Bergedorfer Pflegediensten sehr gut angenommen.

Zur Mitarbeit in der **Gesundheits- und Pflegekonferenz** konnten zu Themen der Seniorengesundheit mehrere Personen gewonnen werden. Auf einem ersten Arbeitstreffen auf Einladung des KGFM wurden zwei Arbeitsgruppen zu den Themen Palliativmedizin und

Wohnen im Alter gegründet. In Zusammenarbeit mit der Gesundheits- und Pflegekonferenz fand eine gut besuchte Informationsveranstaltung zum neu gegründeten Bergedorfer Pflegestützpunkt statt.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Das multiprofessionelle Team besteht aus einer Fachärztin für Psychiatrie, einer Diplom-Psychologin, zwei Sozialpädagoginnen (mit zusammen 1,5 Stellen) und einer Verwaltungsangestellten.



Der SpD steht der Bergedorfer Bevölkerung täglich werktags von 8:00 bis 16:00 Uhr zur Krisenintervention und Beratung in Form von Gesprächen in der Dienststelle oder bei Hausbesuchen zur Verfügung und ist der einzige Anbieter aufsuchender psychiatrischer/psychologischer Krisenhilfe im Bezirk.

Im Jahr 2009 wurden im SpD 883 Klienten betreut. Dies bedeutet gegenüber 2008 eine **Steigerung der Klientenzahl** um 18%. Bereits im Jahr 2008 hatte im Vergleich zu 2007 die Klientenzahl um 11% zugenommen. In diesen steigenden Klientenzahlen spiegelt sich die allgemeine Tendenz der Zunahme psychischer Erkrankungen in der Bevölkerung wider (jeder vierte bis jeder dritte Deutsche ist nach den Auswertungen des Bundesgesundheits surveys von einer psychischen Störung betroffen²). Psychische Erkrankungen erlangen eine zunehmende gesundheitspolitische Relevanz.

Die **Diagnosen** der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen sind Suchterkrankungen bzw. Suchtfolgeerkrankungen (18,7%), Persönlichkeitsstörungen (17,7%), schizophrene Störungen (17%), neurotische Störungen (16,2%) und affektive Störungen, d. h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (15,3%). Bei dem vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit (Compliance), und reduziertem Hilfesuchverhalten. Deshalb hat hier **aufsuchende und motivierende Arbeit**, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Neben der Beratung und Krisenintervention begutachtet der Sozialpsychiatrische Dienst in Amtshilfe für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 648 Stellungnahmen / Gutachten erstellt; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine erneute **Steigerung der Gutachtentätigkeit** um 18 %; bereits im Vorjahr stiegen die Begutachtungszahlen um 26%. Der Schwerpunkt der Begutachtungstätigkeit liegt auf der Eingliederungshilfe gemäß SGB XII.

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden regelmäßig **Gruppen für Betroffene und Angehörige** angeleitet und moderiert. Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahre ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt; an Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet.

Die Teilnahme an der von der Psychologin angeleiteten Angehörigengruppe (1x im Monat) bietet durch Information und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, zu einem anderen Umgehen mit der Erkrankung und den Betroffenen zu finden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem **Netzwerk** unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei pflegt er einen regen Austausch mit verschiedenen Organisationen innerhalb und außerhalb des Bezirks. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bergedorf (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit, am Runden Tisch Bergedorf zur seelischen Gesundheit in der Postpartalzeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

² Jacobi, F. et al (2004): Prevalence, comorbidity and correlates of mental disorders in the general population; Results from the German Health Interview and Examination Survey (GHS). Psychological Medicine, 34, S. 597-611.



Der Sozialpsychiatrische Dienst leitet einen **Zivildienstleistenden** des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt Bergedorf an und organisiert dessen Einsätze. Der Zivildienstleistende unterstützt Erwachsene und Kinder mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen u. a. durch Begleitung zu Terminen, beim Einkaufen und bei der Pflege der Wohnungen.

Beratungsstelle für Körperbehinderte

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle sind zwei Sozialpädagoginnen in Teilzeit tätig; für ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes sowie ein in allen Bezirken tätiger Facharzt für Unfallchirurgie zur Verfügung, der stellenmäßig beim Gesundheitsamt Altona angebunden ist.

Im Jahre 2009 sind gegenüber dem Vorjahr die Anzahl der Klientenkontakte insgesamt um 30 % und die Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte um 14% gestiegen.

Im Zusammenhang mit dem Persönlichen Budget befasste sich die Beratungsstelle intensiv mit der Umsetzung des Arbeitgebermodells. Dieses soll dem Behinderten ermöglichen, seine Assistenzkräfte selbst einzustellen oder die entsprechenden Dienstleistungen bei Pflegedienstleistern einzukaufen. Die Selbstbestimmung des Behinderten soll hierdurch gestärkt werden. Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle haben an mehreren entsprechenden Fortbildungen und überbezirklichen Arbeitstreffen teilgenommen.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen. Die Anzahl der ärztlich erstellten Gutachten und Stellungnahmen betrug im Berichtsjahr 206 und war damit im Vergleich zu 2008 gleichbleibend hoch.

Der Jugendpsychiatrische Dienst arbeitete 2009 mit einer Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und einem Dipl.-Sozialpädagogen, beide in Teilzeit. Für ausgewählte Fragestellungen stand eine psychologische Fachkraft auf Honorarbasis zur Unterstützung zur Verfügung. Der Dienst arbeitete vernetzt mit dem Schulärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes, dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes, mit Dienststellen der Schulbehörde (Amt für Eingliederungshilfen, Rebus Bergedorf), integrativ arbeitenden Kindertagesstätten, Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Praxen für Kinder- und Jugendmedizin sowie mit unterschiedlichen Anbietern von Eingliederungshilfen zusammen.

**Kennzahlen:**

	2007	2008	2009
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im Sozialpsychiatrische Dienst insgesamt	1104	951 ³	1055
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	316	202 ⁴	172
Anzahl der Klienten im Sozialpsychiatrischen Dienst	672	745	883
Anzahl der veranlassten Unterbringungen	17	10	17
Anzahl der Gruppentermine	58	59	62
Anzahl der Klientenkontakte im Jugendpsychiatrischer Dienst insgesamt	855	704 ⁵	903
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	39	38	55
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	699	573	746
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	99	85	97
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1449	1509	1645
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE),	1049	1162	1281
- davon für die ARGE		37	55
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	23,81	25,38	25

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst musste im Jahr 2009 zwei außergewöhnliche und umfangreiche Aufgaben bewältigen. Anfang des Jahres kam es zu einem **Masernausbruch** an einer Bergedorfer Schule, bei dem der KJGD alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung durchführte.

Ab Oktober fand an den Gesundheitsämtern in ganz Hamburg die **Massenimpfung gegen die Neue Influenza A (H1N1)** im Rahmen der von der WHO ausgerufenen Pandemiestufe VI statt. Darin war der Schulärztliche Dienst so stark eingebunden, dass andere Aufgaben ab Ende Oktober kaum noch wahrgenommen werden konnten.

Zusätzlich hat sich der KJGD mit seinem **Projekt „Wachstum braucht gesunde Kinder. Bergedorf hilft Familien in Gesundheitsfragen“** am Wettbewerb „Nachhaltiger Bezirk 2009“ beteiligt. Dieser wurde mit **€ 39.000** prämiert.

³ Organisatorische Besonderheiten (3-monatige Abwesenheit der Fachärztin für Psychiatrie aufgrund der Teilnahme am Amtsarztkurs in Düsseldorf) bedingten eine Reduktion der Beratungskapazität des Dienstes.

⁴ Aufgrund der für alle SpD's verbindlichen Legende werden seit 2008 auch mit 2 Personen durchgeführte Hausbesuche nur noch einfach gezählt; dadurch ergibt sich die vermeintliche Reduktion der Hausbesuche.

⁵ Reduktion der Arbeitszeit der Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie von einer Vollzeitstelle auf Teilzeit (30 Std.)



Schulärztlicher Dienst

Der schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Seit Anfang 2007 gehören zu den schulärztlichen Aufgaben auch Untersuchungen der dreijährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz (KibeG). Die Schulärztinnen sind überdies in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab. Das Team des Schulärztlichen Dienstes besteht aus vier Ärztinnen (insgesamt drei Vollzeitstellen), drei Schulgesundheitsassistentinnen und einer Arzthelferin für die Untersuchungen in den Kitas.

Die **Schuleingangsuntersuchungen** wurden weiterhin flächendeckend durchgeführt. Trotz langfristiger Ausfälle durch Krankheit konnte dabei eine Untersuchungsrate von **93 Prozent** erreicht werden. Diese hohe Anzahl konnte nur mithilfe einer Asklepioskückkehrerin (Ärztin) erreicht werden, die zusätzlich zu den vier festangestellten Ärztinnen zur Verfügung stand.

Die **Untersuchungen der Dreijährigen** nach dem Kinderbetreuungsgesetz (**KibeG**) wurden regelmäßig einmal pro Woche nach vorhergehender Vereinbarung in Bergedorfer Kitas angeboten. Eine Kinderärztin und eine Assistentin führten diese Untersuchungen durch. Die Rückmeldung auf diese freiwilligen Untersuchungen war sowohl von Eltern als auch von Kita-Mitarbeiter/innen positiv.

Der Schulärztliche Dienst hat sich 2009 an verschiedenen **Arbeitskreisen, Gremien** und **Netzwerken** beteiligt. Dazu zählt das Netzwerk ADHS, für das der Schulärztliche Dienst auch im Jahr 2009 wieder Gastgeber war, und der Schulärztliche Arbeitskreis der Hamburger Bezirke.

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde weitergeführt und ausgebaut.

Eine Ärztin nahm regelmäßig an einer **Kinderschutzgruppe** teil, die in 2008 mit Teilnehmern aus Medizin, Jugendhilfe und Polizei am Kinderkrankenhaus Wilhelmstift gegründet wurde. Sie verfolgt das Ziel, schwierige oder unklare Fälle von Kindesmisshandlung und Vernachlässigung in einem multiprofessionellen Team zu besprechen und Maßnahmen zum Wohle der Kinder einzuleiten.

Im Rahmen der Regelung zur Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt bei Nichterreichen von Kindern zu ersten schulärztlichen Untersuchungen nach § 34 (4) des Hamburgischen Schulgesetzes wurde das im Schulärztlichen Dienst 2008 erarbeitete verbindliche Einladungsmanagement erfolgreich umgesetzt.

In der 2. Januarhälfte erkrankten im Gymnasium Allermöhe zwei Geschwister an **Masern**. Diese Fälle standen im Zusammenhang mit einem gehäuften Auftreten von Masernerkrankungen in Hamburg insgesamt. In Zusammenarbeit mit der Gesundheitsaufsicht überprüften die Kinderärztinnen des Schulärztlichen Dienstes und das medizinische Assistenzpersonal mit insgesamt bis zu 13 Mitarbeitern, beginnend am Tag nach der Meldung des ersten Falles, den Infektionsschutz der fast 900 Schüler/innen und des Personals. 84,5 % hatten einen vollständigen Impfschutz. Zusätzlich wurde umfassend über die Masernerkrankung, mögliche gefährliche Komplikationen und die Impfung informiert. Für die nicht vollständig bzw. nicht geschützten Schüler/innen und Mitarbeiter der Schule wurden drei zusätzliche Impftermine angeboten. In 9 Fällen musste ein Besuchsverbot für die Schule ausgesprochen werden. Durch diese Maßnahmen konnte eine weitere Ausbreitung der Masernerkrankungen verhindert werden.



Im IV. Quartal 2009 konnten keine schulärztlichen Untersuchungen und keine Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz mehr durchgeführt werden, da die Ärztinnen des Schulärztlichen Dienstes voll in die Impfkampagne gegen die Neue Influenza A (H1N1), „**Schweinegrippe**“, eingebunden waren. Rückblickend kann festgestellt werden, dass die große Zahl der Impfungen (2530 bis Ende 2009) nur mit Unterstützung des neuen ärztlichen und nicht-ärztlichen Personals (Asklepiosrückkehrer) möglich war.

Da es im Raum Bergedorf keine Kinderarztpraxis gab, die diese Impfung angeboten hat, wurde im Gesundheitsamt eine spezielle **Impfsprechstunde für chronisch kranke Kinder** eingerichtet. Diese wurde zweimal wöchentlich durch eine Kinderärztin und eine Kinderkrankenschwester der Mütterberatung durchgeführt. Es wurde dadurch verhindert, dass Bergedorfer Eltern mit ihren Kindern für die Impfung einen weiten Weg in einen anderen Bezirk auf sich nehmen mussten.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse). Das Team des Schulzahnärztlichen Dienstes besteht aus einer Zahnärztin, einer Zahnarthelferin und einer Prophylaxehelferin sowie zusätzlich einer Krankenschwester (Asklepios-Rückkehrerin).

Die Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat bei den **Reihenuntersuchungen in den Schulen** eine **Untersuchungsquote von 86 %** erreicht.

Zusätzlich untersucht der Schulzahnärztliche Dienst nach dem Kinderbetreuungsgesetz seit November 2006 die 3-6-Jährigen in den Kindergärten. Das Kariesprophylaxeprogramm wurde deutlich ausgebaut. Daneben werden zahnärztliche Gutachten für das Soziale Dienstleistungszentrum erstellt.

Der Schulzahnärztliche Dienst hat sich aktiv am **betrieblichen Gesundheitsmanagement** des Bezirksamtes beteiligt: Zahnärztin und Zahnarthelferin boten in Zusammenarbeit mit dem Fachamt Personalservice **Ohrakupunktur** zur Entspannung für Beschäftigte des Bezirksamtes an. Dieses Angebot stieß auf große Resonanz und wird auch weiter durchgeführt.

Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen und bieten seit 2009 auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung an. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby, koordinieren weiterführende Hilfen und leisten auch selber in Einzelfällen schnelle praktische Hilfe zuhause.

Die Angebote der Mütterberatung konnten in 2009 erheblich erweitert werden. Dieses war möglich durch die Unterstützung der drei neuen Krankenschwestern (Asklepios-Rückkehrerinnen), die seit Juni 2008 das Mütterberatungsteam verstärken.

Um die neuen Mitarbeiterinnen zu qualifizieren und sie in das bestehende Team zu integrieren, fand für alle Mitarbeiterinnen der Mütterberatung eine kontinuierliche **begleitende Praxisberatung** durch eine externe Sozialpädagogin statt.



Im Jahr 2009 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen **Hausbesuch** anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Seit August 2009 werden sie mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien

einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk, ermöglicht durch eine Spende der „Budnianer Hilfe e.V.“. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern. Das neue Angebot wurde unter dem Titel *„Bergedorf beugt vor, damit Kinder gesund groß werden“* zusammengefasst.

Seit Januar 2009 werden Kurse für **Babymassage** an zwei verschiedenen Standorten angeboten. Eine Kinderkrankenschwester des Mütterberatungsteams hat sich darin umfangreich qualifiziert. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren.

„Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres neues Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wurde begeistert von den Eltern aufgenommen, so dass bereits eine Warteliste besteht und neue Termine für das Jahr 2010 in Planung sind.

Die **Sprechstunden der Mütterberatung** an verschiedenen Standorten im Bezirk wurden weiter durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes. Im Januar 2009 kam eine fünfte Beratungsstelle im Eltern-Kind-Zentrum am Röpredder hinzu. Die Kooperation mit den Familienhebammenprojekten Neu-Allermöhe und Lohbrügge und mit dem Projekt „Nestlotsen“ der Pestalozzistiftung in Bergedorf West wurde fortgesetzt.

Der dafür bewilligte Teil des Preisgeldes aus dem **Wettbewerb Nachhaltiger Bezirk 2009** soll unter anderem dazu genutzt werden, die Finanzierung der Schlafsäcke zu verlängern und die Ausstattung der Mütterberatung zu verbessern.

Die Mütterberatung hat sich 2009 an verschiedenen **Arbeitskreisen und Netzwerken z.B.** dem **Runden Tisch Bergedorf** zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“ beteiligt.

Kennzahlen

Schulärztlicher Dienst

Produkt	2007	2008	2009
Untersuchungen/Beratungen gemäß § 34 (4) HmbSchulG (vorzeitige Einschüler)	49	75	80
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	1107	1112	1082
Allgemeine Betreuung/Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule, zugeschulte Kinder)	206	82 ⁶	55

⁶ Hierbei handelt es sich um Einzelfalluntersuchungen bei besonderen Fragestellungen der Schulen. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts „Bergedorf beugt vor – Gesundheit macht Schule“ zusätzlich 1412 Untersuchungen an den Schulen durchgeführt.



Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z. B. Förderschule, Integrationsklassen, Sonderschule)	102	102	105
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	318	95	109
Ärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	200	140	150
Impfungen gegen die Neue Influenza A (H1N1)			2530
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	717	729	915
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	288	355	715

Schulzahnärztlicher Dienst:

	2007	2008	2009
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule,	7449	7286	7085
davon 85% = Soll	6332	6193	6022
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	5587	5163	6079
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	75	71	86
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	1400	1216	2129
Zahnärztliche Gutachten	57	53	36

Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet diese Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig überwacht die Gesundheitsaufsicht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

Das Team besteht aus einem Arzt, einer Gesundheitsingenieurin, einem Gesundheitsaufseher und drei neuen Mitarbeitern (Asklepiosrückkehrern); eine dieser Mitarbeiterinnen hat im Gesundheitsamt die Ausbildung zur Gesundheitsaufseherin begonnen.



Schon zu Beginn des Jahres hatte die Gesundheitsaufsicht mit dem **Masernausbruch** in Bergedorf und ganz Hamburg alle Hände voll zu tun. Der Masernausbruch in Hamburg begann im Januar 2009 und zog sich bis in den Monat März hin. Durch genaue Erfassung und Nachverfolgung jedes einzelnen Falles und die dadurch getroffenen Maßnahmen konnte in Zusammenarbeit mit dem Schulärztlichen Dienst eine Weiterverbreitung der Erkrankung in Bergedorf verhindert werden.

In der zweiten Jahreshälfte stand die **Neue-Influenza-Pandemie** im Mittelpunkt der Arbeit der Gesundheitsaufsicht. Der Erreger der „Schweinegrippe“ (Influenza A (H1N1)) breitete sich erst langsam in einzelnen Familien, dann mit hoher Geschwindigkeit auch in Schulen und Kindertagesstätten aus. Jedem einzelnen Erkrankungs- und Verdachtsfall wurde anfangs nachgegangen. Die Mitarbeiter orientierten sich bei ihren Maßnahmen an den (immer wieder der aktuellen Lage angepassten) Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts. Anfangs wurden Einzeluntersuchungen in betroffenen Familien durchgeführt und damit einzelne Absonderungsmaßnahmen veranlasst; später wurden vorübergehend ganze Schulklassen geschlossen. Dabei fand ständig ein intensiver Austausch mit den betroffenen Personen, den Familien, Schulen, Kindergärten und den behandelnden Ärzten statt. Rückblickend kann festgestellt werden, dass das Ziel dieser sehr aufwändigen Maßnahmen erreicht wurde: Die massenhafte Ausbreitung der Pandemie wurde so lange hinausgezögert, bis ein geeigneter Impfstoff zur Verfügung stand und mit den Impfungen gegen die Neue Influenza begonnen werden konnten.

Trotz dieser hohen Belastung wurden die Regelaufgaben der Gesundheitsaufsicht nicht vernachlässigt:

Im Jahr 2009 wurden die routinemäßigen Begehungen der **Krankenhäuser** und **Kindereinrichtungen** zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt.

Die standardisierte Überprüfung der Hygiene in **stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen** wurde mit der Begehung von acht Heimen fortgesetzt.

Des Weiteren wurde die Überprüfung privater Rettungstransportbetriebe mit der Überprüfung des Rettungshubschraubers und des zugehörigen Betriebsgebäudes in Boberg komplettiert.

Insgesamt 20 **Arztpraxen** wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft. Weitergeführt wurde auch die Überprüfung der Hygienehandhabung in Fußpflegeeinrichtungen. Ebenso wurde die Gemeinschaftsunterkunft Curslacker Neuer Deich begangen. Neu aufgenommen wurde die aufsuchende Beratung ambulanter Pflegedienste zu Hygieneangelegenheiten und fachlichem Informationsaustausch. Anfang des Jahres wurde in Zusammenarbeit mit dem KGFM eine Hygienefortbildung für ambulante Pflegedienste im Haus im Park durchgeführt, die sehr gut angenommen wurde.

Außerdem wurden die **Heilpraktikerpraxen** gemäß der Hygieneverordnung überprüft und die erforderlichen Hygienestandards vermittelt.

Im Auftrag des Grundsicherungs- und Sozialamtes erfolgte eine stichprobenhafte **Überprüfung der ambulant erbrachten Pflegeleistungen im Rahmen der Sozialhilfe**. Insgesamt wurden sechs Kontrollen durchgeführt. Dabei zeigten sich keine gravierenden oder besorgniserregenden Unregelmäßigkeiten.

Heimaufsicht

Die Heimaufsicht sichert im Rahmen ihrer Informations-, Beratungs- sowie Überwachungspflicht die schutzwürdigen Interessen und Bedürfnisse stationär pflegerisch versorgter Heimbewohner im Bezirk Bergedorf.



In der Heimaufsicht arbeiten eine Verwaltungsbeamtin und eine Krankenschwester; beide sind teilzeitbeschäftigt.

Alle **Alten- und Pflegeeinrichtungen** sowie Behinderteneinrichtungen wurden 2009 turnusmäßig begangen. Bei den Begehungen der Alten- und Pflegeeinrichtungen wurden als Themenschwerpunkte Personaleinsatz, Pflegedokumentationen von ausgewählten Bewohnern und deren pflegerische Umsetzung sowie die Arzneimittelversorgung festgelegt.

Mängel wurden u.a. im fachgerechten Umgang mit Arzneimitteln, in der Pflegeplanung und der daraus resultierenden Grund-/Behandlungspflege sowie bei freiheitsentziehenden Maßnahmen festgestellt. In einigen Einrichtungen war ein überproportional hoher Einsatz von Zeitarbeitspersonal zu verzeichnen. Freie Stellen konnten aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels auf dem Arbeitsmarkt nicht nachbesetzt werden.

Von Bewohnern und Angehörigen gingen im Bereich der Alten- und Pflegeheime 14 **Beschwerden** ein. Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.

Alle **Behinderteneinrichtungen** wurden zu dem thematischen Schwerpunkt „Bewohnerdokumentation/Arzneimittelversorgung“ geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass seitens der Mitarbeiter ein Bedarf an Schulungen zu dem Thema „Umgang mit Medikamenten“ besteht.

Der Kontakt zu den Heimbeiräten in den Alten- und Pflegeheimen wurde intensiviert. Im Frühjahr 2009 wurde in Zusammenarbeit mit dem Bezirksseniorenbeirat eine **Schulung aller Heimbeiräte** veranstaltet.

Nach intensiven Beratungsgesprächen zwischen Heimaufsicht, Träger und Bauherr konnte im Frühjahr das Elim Seniorencentrum am Güterbahnhof eröffnet werden.

	2007	2008	2009
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	543	524	840
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene	4	4	8
Anzahl der Begehungen in Arztpraxen, in denen ambulant operiert wird	0	13	20
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	16	10	12
Anzahl der Heimbesuche/-begehungen im Rahmen der Heimaufsicht	38	35	43
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden im Rahmen der Heimaufsicht	6	10	14



4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Arne Dornquast , Tel. 42891-4040

		2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen		164,0	172,20	173,62
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	Soll	205.969	215.097	174.401
Ausgaben	Ist	201.625	209.960	174.401
übertragbarer Rest		4.343	5.137	0
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		118	75	91
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote		40	34	51
davon öffentliche Ausschreibungen		9	4	3
davon beschränkte Ausschreibungen		31	30	48
Einnahmen insgesamt in €	Soll	2.195.032	3.822.310	4.601.493
	Ist	2.642.671	3.774.756	4.561.056
Ausgaben insgesamt	Ist	11.623.160	13.350.701	14.953.003

4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891-4040

		2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen		9,57	10,08	10,40
Einnahmen in €	Soll	750	4.812	8.925
	Ist	1113	4.812	8.925
Ausgaben in €		139.633	148.228	306.479
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne ¹⁾		24	23	22
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha ¹⁾		290,3	407,7	323



Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		4	6	9
--	--	---	---	---

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden

4.1.1 Übergeordnete Planung

Wohnungsbau allgemein

Das bezirkliche Wohnungsbauprogramm wurde fortgeschrieben. Es weist nach wie vor ein vielfältiges Angebot an Wohnbauflächenreserven aus, wobei durch die Realisierung des Güterbahnhof-Quartiers ein deutlicher Rückgang des Gesamtpotenzials auf ca. 1.400 Wohneinheiten zu verzeichnen ist. Hinzu kommen allerdings weitere Verdichtungsmöglichkeiten in schon bebauten Bereichen.

Die größten Reserven bestehen am Schleusengraben, am Reinbeker Redder und in Neuallermöhe-West.

Da in den nächsten Jahren viele dieser Flächen baureif gemacht werden, müssen allerdings ständig weitere, für Bergedorf verträgliche Wohnbauflächen gefunden werden. Es handelt sich aber nicht nur um ein quantitatives Problem, auch die Qualität des Angebotes spielt zunehmend eine Rolle. Die Schaffung von Potenzialflächen am Bedarf vorbei macht keinen Sinn. Deswegen wird eine systematische Aufarbeitung dieses Themas immer wichtiger. Hierzu hat der Senat im Rahmen des Wohnungsbauentwicklungsplanes, der durch das Fachamt federführend für alle Bezirke begleitet wurde, Mittel für zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt. Im Bezirksamt wurde eine neue Mitarbeiterin eingestellt, deren Hauptaufgabe es sein wird, ein fachlich fundiertes Wohnbaukonzept für den Bezirk zu erstellen.

Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Bergedorf hat neben Harburg und Mitte nach wie vor die größten gewerblichen Bauflächenreserven in ganz Hamburg.

Die planerische Entwicklung dieser Reserven ist nicht ohne Probleme. Im Hinblick auf mögliche gewerbliche Bauflächen am Mittleren Landweg gab es 2009 zwischen dem Bezirk und den Fachbehörden eine Verständigung auf die Durchführung einer Teilräumlichen Entwicklungsplanung, die 2010 nach einer Senatsbefassung durchgeführt werden soll. Hier soll ohne konkrete Vorgaben und unter Beteiligung der Betroffenen ein Entwicklungskonzept für den gesamten Bereich rund um den S-Bahnhof Mittlerer Landweg erarbeitet werden.

Für die geplante Logistikfläche Südlich Brookdeich wurden im Jahr 2009 vom Bezirk die notwendigen Schritte zur konkreten Entwicklung der Fläche in die Wege geleitet. Die vorbereitende städtebauliche und landschaftsplanerische Voruntersuchung wurde abgeschlossen und das Einleitungsgespräch für den Bebauungsplan wurde durchgeführt. Weiterhin wurden Schritte zur Durchführung des von der Bezirksversammlung geforderten Workshops zum Thema Green Logistics in die Wege geleitet.

Einzelhandel

Das Bezirksamt hat 2009 als erster Hamburger Bezirk ein umfassendes Einzelhandelskonzept in Auftrag gegeben, welches Ende des Jahres bereits im Entwurf präsentiert werden konnte. Es erfüllt vor allem den Zweck, einen Konsens über die bezirkliche Einzelhandelsentwicklung herzustellen und gesicherte Grundlagen für die Beurteilung von Anfragen und Anträgen zu erhalten. Weiterhin wurde 2009 das Abstimmungsforum für Einzelhandelsvorhaben in der Region in die zweite Projektphase überführt. Die Zeit bis Ende 2011, in der das Projekt aufgrund der Einzigartigkeit und des Vorbildcharakters erneut durch die Metropolregion gefördert wird, wird von einer aktiveren Rolle des Forums als bisher geprägt sein. Neben der Prüfung einzelner Vorhaben sollen gezielt Defizite in der Einzelhandelsausstattung der Region identifiziert und möglichst durch Direktansprache potenzieller Betreiber beseitigt werden.



Ebenfalls soll es einen breiteren Gedankenaustausch zwischen den in der Region im Bereich Einzelhandel Aktiven geben.

Schleusengraben

Das Jahr 2009 stand ganz im Zeichen des IBA-Labors, welches von Januar bis April zusammen mit dem Bezirk Harburg (Kaufhauskanal) und der IBA durchgeführt wurde. In einem beispielhaften Verfahren wurden unter Beteiligung von Eigentümern und Immobilienprofis vier unterschiedliche Konzepte für den Schleusengraben entworfen, von denen das Leitbild der Schleusengärten des niederländischen Büros Mecanoo am Meisten überzeugte. Wohnen, Arbeiten und Freizeit in einem Stadtteil erscheint als ein zukunftssträchtiges und innovatives Konzept, welches in den kommenden Jahren weiter verfolgt werden soll.

Wenig ermutigend war das Ergebnis einer Ausschreibung der städtischen Flächen, die keine Ergebnisse hervorbrachte. Ursache hierfür ist vor allem die äußerst ungünstige gesamtwirtschaftliche Lage. Alle grundsätzlich interessierten Investoren und Projektentwickler, mit denen das Bezirksamt Gespräche geführt hat, haben dem Bezirk bescheinigt, dass das Leitbild der Schleusengärten ein griffiges Konzept ist und sich zur Vermarktung eignet.

Zudem wurde in 2009 ein Gesamtkonzept für die Wegeverbindungen am Schleusengraben erarbeitet.

Die weiteren Aktivitäten werden sich vor allem darauf richten bis zum IBA-Jahr 2013 vorzeigbare Projekte zu realisieren.

Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Ein großer Teil der Planungen für die Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung konnte 2009 abgeschlossen werden. Eine Reihe von zusätzlichen Abstimmungsgesprächen waren erforderlich. Die Baustelle Parkhaus/ Bahnhofsgebäude/ ZOB ist eine logistische Herausforderung, die bei der Realisierung Zeit kosten und auch einen erheblichen Abstimmungsbedarf benötigten. Dazu finden routinemäßige und eine Anzahl von außerordentlichen Sitzungen mit der VHH, der Finanzbehörde und der BSU statt.

Belebung der Grachtenstufen Neuallermöhe

In 2009 wurde ein Beteiligungsverfahren zur Belebung der Grachtenstufen gestartet, das 2010 im Rahmen der geplanten Stadtteilwerkstatt fortgesetzt wird.

Infrastrukturprogramm Zollenspieker

Es bestand erheblicher Abstimmungsbedarf mit dem Investor. Die Grundstücksgeschäfte und ein Teil der Finanzierung wurden in einer Bürgerschaftsdrucksache abgestimmt. Für die Finanzierung der öffentlichen Maßnahmen wurden weitere Förderanträge für ELER/ Leader und für die Metropolregion Hamburg vorbereitet.

Bergedorfer Architekturpreis / Architekturdialog

Der im Jahr 2008 erstmals ausgelobte ‚Architekturpreis für Bergedorf und die Vier- und Marschlande‘ hat eine intensive Diskussion über Architektur im Allgemeinen und im Speziellen für den Bezirk Bergedorf angestoßen.

Diese Diskussion wurde mit der Veranstaltungsreihe ‚Bergedorfer Architekturdialog‘ im Jahr 2009 mit 3 Veranstaltungen fortgesetzt. Ende 2009 sind bereits die Vorbereitungen für eine weitere Veranstaltung im Februar 2010 durchgeführt worden.

Bergedorfer Kinderkonferenz

Bereits zum 4. Mal wurde im Jahr 2009 die Bergedorfer Kinderkonferenz im Rahmen des Bergedorfer Kindertages vorbereitet und durchgeführt. 50 Kinder aus vier Horteinrichtungen haben ihre Ideen und Wünsche im Großen Sitzungssaal Vertretern aus Politik und Verwaltung und Medien vorgetragen und anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert. Den betroffenen Dienststellen und Fachausschüssen wurde die Zusammenstellung der Forderungen zur Prüfung und Bearbeitung vorgelegt. Die Paten werden die Ergebnisse mit den Kindern in den Einrichtungen besprechen.



Premium-Säulen, Stadtinformationsanlagen

Die Stadt Hamburg hat ab dem Jahr 2009 für einen längeren Zeitraum neue Werberechte im öffentlichen Raum vergeben. Infolge dessen mussten diverse Standorte im Bezirk Bergedorf für das Aufstellen von Premium-Säulen und Stadtinformationsanlagen (aus den Buswartehäuschen aus Platzmangel ausgelagerte Werbetafeln) gesucht, beurteilt und abgestimmt werden.

Besondere planungsrechtliche Stellungnahmen

In 2009 wurden viele planungsrechtliche Stellungnahmen in Vorbereitung auf die erstmalige endgültige Herstellung von Straßen bzw. für die Erhebung des Erschließungsbeitrags erarbeitet. Dies betraf die Straßen Lütte Stegel und Straßenabschnitte diverser Straßen für die Erstellung einer Prioritätenliste der im Bezirksamt befindlichen „unfertigen Straßen“ z.B. Asbrookdamm, Brookdeich, Ellernwinkel, Moorfleeter Kirchendeich, Reinbeker Redder, Sander Straße, Schillerufer, Weidemoor.

Bezirkliche Ensembles

Hamburg hat mit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes, den Bezirksämtern mehr Verantwortung im Umgang mit Denkmälern (dazu gehört auch der städtebauliche Denkmalschutz) übertragen.

Danach können die Bezirksämter sogenannte bezirksbezogene Ensembles (mehrere Gebäude mit der jeweiligen Umgebung), die eine prägende Wirkung auf das Stadtbild haben unter Schutz stellen. Nach der Unterschutzstellung haben die Ensembles den Status eines Denkmals und die Wahrnehmung des denkmalrechtlichen Genehmigungsvorbehaltes geht auf die Bezirksämter über.

In Bergedorf befinden sich 15 Ensembles, die in einem Sammelverfahren unter Schutz gestellt werden sollen. Mit den umfangreichen Vorarbeiten wurde in 2008 begonnen, diese wurden in 2009 fortgesetzt. Im Mai fand eine Informationsveranstaltung mit dem Denkmalschutzamt für die betroffenen Eigentümer (und andere Interessierte) statt. Der erarbeitete Entwurf der Rechtsverordnung wurde mit dem Denkmalschutzamt abgestimmt, um das erforderliche Einvernehmen herzustellen. Ende dieses Berichtsjahres wurde der Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme an betroffene Behörden und den WSB gesandt. Mit dem Abschluss des Verfahrens ist im 1. Halbjahr 2010 zu rechnen.

Lärmaktionsplanung

Bergedorf war 2009 der erste Bezirk, in dem ein bezirkliches Lärmforum stattfand. Dieses Forum diente vor allem dazu, Lärmbelastungen zu identifizieren. Über den Umgang mit den dort gemachten Anregungen und Bedenken wird es 2010 voraussichtlich zu einer weiteren Veranstaltung kommen.

4.1.2 Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden folgende Leistungen erbracht:

Neun Planverfahren wurden neu eingeleitet: Bergedorf 35 (südlich/westlich Mohnhof), Bergedorf 77 (Curslacke Neuer Deich Ost / Neuer Weg), Bergedorf 99 (Logistikzentrum), Bergedorf 102 (Baumarkt Kurt-A.-Körper-Chaussee), Bergedorf 106 (Villengebiet), Bergedorf 108 / Altengamme 11 (Südlich Rothenhauschaussee), Bergedorf 109 (Kino Ärztehaus Post) und Kirchwerder 31 (ehemalige Brotfabrik Zollenspieker).

Vier öffentlichen Plandiskussionen wurden durchgeführt: Bergedorf 96 (ehemaliger Gartenbaustützpunkt Gojenbergsweg), Bergedorf 102, Bergedorf 104 / Curslack 19 (Schleusengraben / Curslacke Neuer Deich) und Bergedorf 107 (Gojenbergsweg 13 – 25).

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Kirchwerder 30 (An der Blauen Kuhle) wurden Verhandlungen mit der Finanzbehörde über einen hohen Klimaschutzstandard der vorgesehenen Gebäude durchgeführt. Mit dem Grundeigentümer wurde ein Vertrag über die Nutzung und landschaftsgerechte Wiederherstellung eines Grundstücks vorbereitet.



Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden fünf Planentwürfe abgestimmt: Bergedorf 35, Bergedorf 100 (Schleusengraben / Weidenbaumsweg), Bergedorf 102, Neuengamme 8 (Mittlerer Neuengammer Hausdeich West).

Fünf Planentwürfe wurden öffentlich ausgelegt: Bergedorf 35, Bergedorf 100, Lohbrügge 90 (Reinbeker Redder 51 – 57), Moorfleet 17 (Kompetenzzentrum für den Gartenbau) und Neuengamme 8.

Die Bebauungspläne Bergedorf 100 und Neuengamme 8 traten in Kraft.

Zusätzlich zur ÖPD und zur öffentlichen Auslegung wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt, in denen mit den Bürgern über die Ansiedlung des Kompetenzzentrums für den Gartenbau diskutiert wurde.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Billbrook 8 / Billwerder 27 (Unterer Landweg) wurden die bezirklichen Belange vertreten.

Im Bebauungsplanverfahren Kirchwerder 24 (Baustoffhandel Kirchwerder Hausdeich) wurde ein vorläufiger Entwurf erarbeitet und mit Betroffenen abgestimmt.

Vorbereitet wurde die Einleitung des Verfahrens Kirchwerder 29 (Kleingärten Kirchwerder/Zollenspieker).

Im Bebauungsplanverfahren Lohbrügge 90 (Hirtenland) wurden umfangreiche Beratungen mit einem interessierten Vorhabenträger durchgeführt.

Im Bebauungsplanverfahren Bergedorf 105 (Stuhrohrquartier) wurden insbesondere umfangreiche Abstimmungen mit Gutachtern und Betroffenen durchgeführt.

Im Bebauungsplanverfahren Bergedorf 106 wurden Abstimmungen mit Vertretern der Politik, mit Fachgutachtern und interessierten Planungsbüros durchgeführt.

Begleitend und beratend erfolgte die Teilnahme an den Arbeitskreisen "Praxis digitale Bauleitplanung" und "Harmonisierung und Einführung von EDV-Standards in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung". Hierbei wurden u.a. folgende Themen behandelt: Bauleitplanung online, Grundlagen XPlanung, LandCAD unter ESARI-Bedingungen, Einbindung von Planungsdaten in die Geodateninfrastruktur sowie Definition von Schulungsinhalten.

Das Amt war weiterhin in der Projektgruppe „Bauleitplanung online“ an der Projektentwicklung beteiligt. Für die geplante flächendeckende Einführung dieses Beteiligungsverfahrens ist das Bezirksamt Bergedorf nun fachlich federführend.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontrollverfahren
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht entsprechend seinen Vorstellungen zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu schaffen, deutlich näher gekommen.

4.1.3 Landschaftsplanung

Im Bereich der vorbereitenden Bauleitplanung wurde die Entwicklung der Schleusengrabenachse landschaftsplanerisch weiterhin begleitet. Es wurde ein Gutachterbüro beauftragt, konkrete Planungen für eine realisierbare Wegeverbindung am Schleusengraben auszuarbeiten. Die Arbeiten wurden fachlich betreut und mit dem Fachamt Management des öffentlichen Raumes abgestimmt. Eine detailliertere Kostenschätzung für den Bauabschnitt zwischen Friedrichsbrücke und südlich Sander Damm für eine Promenade wurde Ende 2009



abgegeben. Diese Studien sind Grundlage für die weitere Umsetzungsplanung der Promenade ab 2010.

Die landschaftsplanerische Voruntersuchung für die Gewerbeansiedlung Südlich Brookdeich ist weitgehend abgeschlossen. Ein Flora-/Fauna Gutachten brachte wichtige Erkenntnisse für den Umgang mit der Fläche, Nachuntersuchungen wurden dennoch erforderlich.

Der in 2007 begonnene Leader-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums führte bereits zu ersten konkreten Projekten in Bergedorf. Die Abteilung Landschaftsplanung beauftragte und betreute ein Konzept zur Umsetzung von Reitwegen in den Vier- und Marschlanden. Mehrere Abstimmungsgespräche mit den örtlichen Akteuren fanden in der Landwirtschaftskammer statt. Das Konzept wurde mit den Naturschutzverbänden abgestimmt. Der EU-Antrag zur Umsetzung der Reitwege wurde ausgearbeitet.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Es wurden Ideen für bezirkliche Begleitprojekte insbesondere für den Kulturlandschaftsraum Vier- und Marschlande entwickelt, die mit der IGS GmbH abgestimmt wurden. Aufgrund der unklaren Finanzierungsbeteiligung und Bereitstellung von Manpower von Seiten IGS und BSU wurde die Konzeption auf bezirkliche Ressourcen beschränkt.

In der verbindlichen Planung wurde die Betreuung aller laufenden „Huckepack-Bebauungspläne“ fortgesetzt.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Herr Christoph Lindemann, Tel. 42891-2277

		2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen ^{1) 2)}		97,84	104,07	105,52
Einnahmen in EUR ³⁾	Soll	1.476.000	785.000	670.266
	Ist	1.461.000	870.000	641.286
Ausgaben in EUR ¹⁾		11.433.000	11.578.000	14.127.348

1) Zum 1.12.2007 ist die Friedhofsverwaltung dem neu gegründeten WBZ zugeschlagen worden, wurde aber für 2007 noch bei MR gezählt

2) Einschl. Auszubildende

3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen
Das Ist ist höher als das Soll, da Einnahmerückstände aus Vorjahren realisiert werden konnten.

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhalten aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirkes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

Durch den Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD) wird für die Sauberkeit und Ordnung auf diesen Flächen gesorgt und die Einhaltung des Hundegesetzes überwacht.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen mit unterhalten.

Umfangreich wurden fachliche Stellungnahmen zu Anfragen aus der Politik und von Bürgern abgegeben.



In 2009 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:**Straßen- und Tiefbauprojekte:**

- Diverse Sanierungsmaßnahmen von Pflaster- und Asphaltstraßen im Rahmen des Konjunkturprogrammes des Bundes,
- Sanierung des Geh- und Radweges Kirchwerder Landweg im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes (Förderung des Zu-Fuß-Gehens) der BSU,
- Fertigstellung der Grundinstandsetzung Wentorfer Straße aus 2007, Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2009,
- Weiterführung Erschließung ZOB einschließlich Abschluss dafür erforderlicher Verträge (Erschließungsvertrag, Sondernutzungsverträge),
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen,
- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeanschließungen,
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West,
- Durchführung einer Bestandsaufnahme aller noch nicht erstmalig hergestellten Straßen des Bezirkes durch ein Ing.-Büro,
- Vorbereitung von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen,
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“,
- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“,
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Planerarbeitungen hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau),
- Mitarbeit bei der Erschließung in den B-Plänen Bergedorf 94 und 97 (neues Fachmarktzentrum, neuer ZOB und Erweiterung CCB),
- Mitarbeit bei der Erschließung im B-Plan Bergedorf 98 (Wohnerschließung Am Güterbahnhof).

Unterhaltungsmaßnahmen:

- Sonderprogramm „Schönes Bergedorf“ – Umfeldverschönerung und Aufwertung von Straßen und Plätzen (Edith-Stein-Platz; Grachtenplatz; Fleetplatz; Nettelnb.Bhf.),
- Konjunkturprogramm- Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen,
- Vorbereitung Sonderprogramm „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör,
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen,
- Entschlammung der Auffangbecken/Naturteiche Boberger Niederung,
- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs jeweils an Haupt- und Nebenstraßen,
- Schulwegsicherungsprogramm – Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen.

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Weiterführung der Entschlammungsmaßnahme Gose-Elbe,
- Herstellung und Fertigstellung der Durchgängigkeit zwischen Dove-Elbe und Schleusengraben,
- Grundinstandsetzung und Strukturverbesserung des Gose-Elbe Grabens,
- Entschlammung Alte Brookwetterung, 1.Bauabschnitt,
- Böschungfußsicherung Schleusengraben,
- Instandsetzung baulicher Anlagen im Wohngebiet Allermöhe,
- Entschlammung Rückhaltebecken Mittlere Bille,
- Automatisierung von 3 Staubauewehren in den Vier-und Marschlanden,



- Erneuerung und Erweiterung der Fernübertragungseinheiten an den Pump- und Staubauewehren. Erneuerung der Pegelsteuerung an den Schöpfwerken Seefeld und Riepenburg,
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden,
- Weitere Entwurfsplanungen einschließlich der naturschutzfachlichen Bearbeitung,
- Planung Entschlammung Neuengammer Durchstich,
- Machbarkeitsstudie Herstellung der Durchgängigkeit am Serrahnwehr nach EU-WRRRL,
- Entschlammung Neue Brookwetterung,
- Entschlammung Schloßgraben.

Landschaftsbauprojekte:

- Grundsanierung des Billtalstadions im Rahmen des Konjunkturprogrammes des Bundes,
- Planung und Durchführung einer Bürgerbeteiligung für den Grachtenplatz in Allermöhe-Ost,
- Planung einer Rekonstruktion / Wiederherstellung der historischen Parkanlage Schillerufer,
- Weiterführung der Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus,
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen,
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung in diversen Dauerkleingartenanlagen (Kurt-A.-Körper-Chaussee, Gammer Weg, An der Twiete, Gleisdreieck, Schlosspark, Marschbahndamm),
- Weiterführung der Planung für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West, 6. BA,
- Planung und Durchführung der Erneuerung eines Betriebsgebäudes für das Gartenbaurevier im Schlosspark,
- Abschluss der Ausführung diverser WC-Anlagen mit solarbetriebener Stromversorgung an Badeseen.

Forstprojekte:

- „Neuer Wald für Bergedorf“ im Rahmen des weltweiten Projekts „Plants for the planet“ in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Bergedorf wurde fortgesetzt,
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufes.

BOD Bergedorf

Der BOD Bergedorf hat im Jahr 2009 seinen Haupttätigkeitsschwerpunkt auf die Bekämpfung der illegalen Müllentsorgung und auf die Verbesserung des „Sicherheitsgefühls“ der Bergedorfer Bevölkerung gelegt. Dazu wurden tägliche Präsenzstreifen im Bereich der Fußgängerzonen „Sachsenteich“ und „Alte Holstenstraße“ unter Einbeziehung des Schlossparks durchgeführt. Außerdem wurden je nach Wetterlage bzw. Beschwerdelage routinemäßig oder anlassbezogen vor allem in den Grün- und Erholungsanlagen Kontrollen durchgeführt. Diese hohe Präsenz in der Öffentlichkeit wird von der Bergedorfer Bevölkerung sehr geschätzt und anerkannt.



Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2007	2008	2009
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	8 1	8 2	15
Anzahl ABM – Mitarbeiter bei Kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	24	24	21
Praktikanten im Landschaftsbau	8	9	3
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	3	3	3
Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit - im Grünbereich -in der Verwaltung	10 1	10 0	10
Praktikanten im Forstbereich	5	4	2

Die Tätigkeit des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes wird auch in folgenden Zahlen deutlich:

Angaben in Euro	2007	2008	2009
Investitionsmittel Straße ¹⁾	5.800.000	4.418.000	4.838.619
Davon: Honorarausgaben	150.068	204.163	78.456
Erschließungsmittel	1.346.240	1.416.559	663.000
Neu-, Um- und Ausbau	37.250	36.979	36.000
Grundinstandsetzung	4.266.050	2.760.299	4.061.163
Investitionsmittel Gewässer und Deiche ¹⁾	801.000	1.118.000	1.203.000
Davon: Honorarausgaben	140.811	69.000	
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	452.720	888.000	
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	206.970	161.000	
Investitionsmittel Grünanlagen ¹⁾	700.000	1.034.686	952.895
Davon: Honorarausgaben	52.138	54.328	27.488
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	34.800	122.825	90.829
Grundinstandsetzung	664.706	857.533	834.578
Investitionsmittel Lebenswerte Stadt	0	222.655	0
Davon: Honorarausgaben	0	22.883	0

Unterhaltung Straße ¹⁾	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.560.000	5.560.000	5.560.000
Ausgaben	1.225.000	1.523.700	1.551.896
Unterhaltung Gewässer und Deiche ¹⁾	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.353.000	1.392.000	1.320.000

¹⁾ Aus unterschiedlichen Titeln
Ohne Unterhaltung der HVS Straßen (+ 228.000,- €)



Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	2.860.000	2.860.000	2.865.000
Anzahl der Bäume	23.610	23.610	23.610
Ausgaben	193.524	194.010	254.094

Unterhaltung Kleingärten	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	1.830.000	1.830.000	1.830.000
Anlagen	28	28	28
Ausgaben	72.000	83.000	52.000
Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	60.000	37.000	147.947

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2007	2008	2009
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße m ²	7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl	218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)	720.085	642.260	650.349

Friedhof	2007	2008	2009
Angaben zum Bestand			
Flächengröße in m ²	686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben	56.140	38.456	107.225
Unterhaltungsausgaben	301.530	331.016	332.434

Naturschutzgebiete	2007	2008	2009
Angaben zum Bestand			
NSG: Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker, Kirchwerder Wiesen, Boberg ¹⁾	13.730.000	13.730.000	13.730.000
Flächengröße in m ²			
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	12.192 ²⁾	26.915	58.128

¹⁾ Das NSG Boberg wurde Ende 2007 von der Fachbehörde auf den Bezirk übertragen

²⁾ Berichtigung der Ausgabe gegenüber des Tätigkeitsberichtes 2008.



Forst	2007	2008	2009
Angaben zum Bestand Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee, Flächengröße in m ²	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Ausgaben Wegebau	35.110	15.062	8.060
Ausgaben Investitionen	0	22.203	11.388
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	30.760	35.013	43.337

Amtshilfen ¹⁾	2007	2008	2009
Ausgaben	33.215	438.100	230.837

¹⁾ Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten

Sondernutzungen KFZ		2007	2008	2009
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		317	338	330
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		29	25	28
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		22.875,52	5.910	2.158
Einnahmen in € Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte) ¹	Soll	16.376	3.312	4.197
	Ist	53.736	18.183	10.771

¹⁾ Das Ist ist höher als das Soll, da Einnahmerückstände aus Vorjahren realisiert werden konnten.

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-4200

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	20,45	20,75	20,54

Aufgaben und Entwicklung in 2009

2009 stand erneut die Durchführung des alle 2 Jahre stattfindenden Stadtfestes durch das Fachamt als Veranstalter an. Lag die Planung im Wesentlichen im Abschnitt für Gewerbe und Ordnungsrecht, so war die erfolgreiche Durchführung nur durch eine Gemeinschaftsleistung des Fachamtes möglich: Durch die geringere Ausdehnung, aber auch durch eine etwas strafferen Organisation der Arbeitsabläufe gewährleisteten 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Ablauf sowie einen Auf- und Abbau aller Einrichtungen für das Stadtfest. Unterstützung erfuhr das Fachamt dabei durch Herrn Thomas Kock bei der Planung des Bühnenprogramms, ferner durch die Polizei, die Feuerwehr und das DRK sowie nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit dem Fest der Nationen der TSG Bergedorf.



Eigentlich aus der Not heraus entstanden, ist bei den Besuchern die Integration der Schlossstraße und des Vinhagensweges in die Veranstaltungsfläche sehr positiv aufgenommen worden.

Mit Erfolg konnte Mitte 2009 das ELER-/LEADER-Antragsverfahren für das Projekt „Wochenmarkt der Zukunft“ mit der Zusage über eine EU-Förderung in Höhe von ca. 110.000 € vom Bezirksamt Bergedorf abgeschlossen werden. Im Oktober 2009 wurden erste Werbemaßnahmen erfolgreich ausgeführt und finden in 2010 ihre Fortsetzung.

4.3.1 Gewerberecht Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

4.3.1.1 Gewerbe- und Ordnungsrecht

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden hier die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes ausgeführt und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Das Fachamt hat in 2009 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu erreichen. Durch die Überprüfungen des BOD wurden Hundehalter bekannt, die noch nicht registriert waren. Mit Stand 31.12.09 waren in Bergedorf insgesamt 3.754 Tiere im Hunderegister erfasst – im Verhältnis zur anfänglich geschätzten Bestandszahl von 4000 kann dies als Erfolg für mehr Sicherheit im Umgang mit Hunden erachtet werden. Insgesamt wurden in 2009 sieben Haltungsverordnungen ausgesprochen, die sich in erster Linie auf gefährliche Hunde nach § 2 HundeG bezogen. Ein Hund musste euthanasiert werden. Acht Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit; hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest widerlegt werden konnte. Haltungsverordnende Maßnahmen wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule wurden nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbunden der Hinweis auf die Aufsichtspflicht und Anleinplicht ausreichend.

Es bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz durch die Aktivitäten des Fachamtes im Zusammenwirken mit dem bezirklichen Ordnungsdienst Wirkung zeigt, da sich die Anzahl der als gefährlich eingestuften Hunde ebenso reduziert, wie die Fallzahlen für die Erteilung von Auflagen zur Hundehaltung.

Durch vermehrte Hinweise auf Probleme im Bereich des Jugendschutzgesetzes waren im Vergleich zu den Vorjahren mehr Verstöße zeitnah und konsequent zu ahnden.

Auch in 2009 wurden Kontrollen in Spielhallen durchgeführt und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber durchgesetzt. Auffallend in 2009 war, dass die Anzahl der erteilten Erlaubnisse für Spielhallen zugenommen hat. Dies hängt in erster Linie mit Betreiberwechseln zusammen. Die Anzahl der Spielhallen wurde durch ein Projekt mit insgesamt sieben Spielhallen in einem größeren Gebäudekomplex auf insgesamt 31 erhöht.

Bei den Gewerbeuntersagungsverfahren konnten 29 Verfahren durch intensive Beratungen im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Betriebsführung und entsprechendes Handeln der Betroffenen von Seiten der Dienststelle eingestellt werden.

Mit dem Passivraucherschutzgesetzes vom 01.01.2008 kam ein noch nicht zu überblickendes neues Arbeitsgebiet auf die Dienststelle zu. Im Laufe der zwei Jahre hat sich herausgestellt, dass sich die Beschwerdelage im Rahmen hält. In erster Linie waren und sind die Gaststättenbetreiber selber darum bemüht, sich im Vorwege darüber zu informieren, was möglich und akzeptabel ist.



Das Fachamt hat in 2009 kaum noch schriftliche Belehrungen versandt, musste nur eine schriftliche Verwarnung aussprechen. Zu Bußgeldverfahren ist es in keinem Fall gekommen. Das Passivraucherschutzgesetz stand massiv in der Kritik, da gerade kleinere getränkegeprägte Gaststätten unter finanziellen Einbußen durch das Rauchverbot zu leiden hatten. Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesländer beauftragt, ihre Gesetze zu überarbeiten. Bis dahin wurde für die kleineren Gaststätten, die in erster Linie Schankwirtschaften sind, eine Ausnahmeregelung geschaffen, die auch Einfluss auf die Beschwerdelage hatte.

Passivraucherschutzgesetz	2007	2008	2009
Hinweise auf Missstände		66	10
Anzahl der Beratungen		46	10
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen		20	1

Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2007	2008	2009
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	25	21	19
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	7	6	3
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	221	162	144
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	43	40	25
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	133	101	105 ⁷
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen ⁸	2.485	2.475	2594
Gewerbeuntersagungsverfahren, Erlaubniswiderrufe und -versagungen ⁹	21	53	51 ¹⁰
Spielhallenstandorte	18	18	18
Spielhallen	24	24	31
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	266	266	336
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (ab 2005 Zahl der Bescheide statt Anzahl der Stände) ¹¹	70	17	20
Ausnahmen von der Sperrzeit	6	6	6

⁷ Alle Zwei Jahre findet das Stadtfest mit zahlreichen Tageskonzessionen (Ausschank alkoholischer Getränke) statt; 2009 war die Meile auf Grund der Baumaßnahmen stark reduziert

⁸ Ab Januar 2008 werden die Gewerbean-, -um- und -abmeldungen im Kundenservice vorgenommen.

⁹ Ab September 07 wurden noch insgesamt 27 Anträge auf Gewerbeuntersagungen eingereicht, die sich 2008 noch in der Bearbeitung befanden. Zusätzlich zu den 53 abgearbeiteten Fällen kamen im Laufe des Jahres noch 44 Fälle hinzu, die sich in das Jahr 2009 in der Bearbeitung hinziehen.

¹⁰ Insgesamt waren in 2009 knapp über 90 Fälle in Bearbeitung, 29 Verfahren konnten eingestellt werden; 40 Verfahren sind noch offen

¹¹ Seit Beginn 2008 erteilt VS nur noch Sondernutzungsgenehmigungen im Rahmen von festgesetzten Veranstaltungen. Alle sonstigen Sondernutzungsgenehmigungen werden von WBZ 31 bearbeitet.



Weitere Arbeitsbereiche	2007	2008	2009
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	50	106	197
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	11	4	1
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	0	5	7
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	15	10	8
Tötung oder Sicherstellung veranlasst	2	6 ¹²	12
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	132 ¹³	40	111
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	88	47	75
Ausstellung von Fischereischeinen	238	353	347

4.3.1.2 Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von rund 30 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung tätig sind.

Krankheitsbedingt standen $\frac{3}{4}$ des Jahres nur 3 Lebensmittelkontrolleure zur Verfügung, die mehr als 2.000 Kontrollen durchgeführt und knapp 600 Proben genommen haben. Im Vordergrund steht dabei nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung gereiftes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Konkreten Beschwerden konnte so stets erfolgreich nachgegangen werden.

Die Einführung risikoorientierter Probenahme und Kontrollen im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes stellt eine gezieltere und damit intensiviertere Aufgabenwahrnehmung dar und führt auch zum Anstieg der Zahl von Beanstandungen und somit zu einem höheren Personaleinsatz pro Vorgang. Neben anderen Ursachen hat auch das zu einer Verschiebung von Fallzahlen in diesem Bereich geführt.

¹² Die Sicherstellungen wurden angeordnet um die gesetzlich geforderte Anmeldung der Hunde zu erreichen. In allen sechs Fällen war die Maßnahme letztendlich erfolgreich. Lediglich in zwei Fällen kam es zur tatsächlichen Sicherstellung für ein paar Tage.

¹³ Es wurden verstärkt Verfahren eingeleitet aufgrund nicht erfolgter Anmeldung von Hunden im Hunderegister.



Zeitlich viel Raum nimmt auch weiterhin die Einführung, Weiterentwicklung und Pflege der neuen Software BALVI (System zur Erfassung und Verwaltung lebensmittelrechtlich relevanter Daten) ein. Am Qualitätsmanagementsystem „QM HALLO“, welches der Einführung und Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards in der Lebensmittelüberwachung dient, wird kontinuierlich weitergearbeitet; es wird derzeit Schritt für Schritt in die tägliche Arbeit integriert. Die bereits in Kraft gesetzten Regelungen wurden von einem externen Team ein erstes Mal auditiert. Mit dem Audit wurde Bergedorf eine einwandfreie Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems bestätigt.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Wochenmärkte statt, die von 2 Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden. Dabei stehen - trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher und deren z.T. besonderen Wünsche - die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden im Vordergrund.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte sind im Vergleich zu den Vorjahren recht konstant.

Durch den freiwilligen Werbe-Euro von Marktbesuchern der Bergedorfer Wochenmärkte war es finanziell auch weiterhin möglich,

- die Finanzierung der Parkkarten für Kunden des Wochenmarktes Bergedorf für kostenloses Parken im Parkhaus in der 1. Stunde zu sichern,
- für den Wochenmarkt Lohbrügge die Anmietung des für Samstag als Parkplatz umfunktionierten Schulhofs der Schule Leuschnerstraße zu finanzieren,
- einen „Marktkalender 2010“ als Präsent für Marktkunden in der Vorweihnachtszeit zu finanzieren.

Die Wochenmärkte stellen einen wesentlichen Baustein für den Absatz der Produkte aus dem für Bergedorf wichtigen Wirtschaftszweig Landwirtschaft und Gartenbau dar. Seit Juli 2009 läuft das Projekt Wochenmarkt der Zukunft auf Hochtouren, um die Attraktivität der Bergedorfer Wochenmärkte zu erhöhen und den (potentiellen) Kunden die Vorzüge der angebotenen frischen und in der Region erzeugten, qualitativ hochwertigen Produkte näher zu bringen und damit letztlich auch deren Absatz zu befördern.

Verbraucherschutz	2007	2008	2009
Gewerbebetriebe insgesamt: davon	9.606	9.901	10.384
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	2.206	2.285	2.669
mobile Lebensmittelbetriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	698	439	426
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	2744	2000	2075
Probenentnahmen	Soll Ist	608 654 700	536 585
Davon Beanstandungen	124	166	75



Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	82	93	46
Zahl der <u>Lebensmittelbetriebe</u>	2.059	2.462	2.516
hiervon kontrollierte Betriebe	846	1.416	1.010
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der überwachungspflichtigen Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen	1008	687	680
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	18	18	19
davon kontrolliert	18	0	19

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2007	2008	2009
Gesamtzahl der Wochenmärkte	312	305	306
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	16.662	12.452	15.118
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten	Auslast. In %	Auslast. In %	Auslast. In %
Di / Bergedorf 708	78	79	75
Mi / Lohbrügge 590	80	73	77
Do / Bergedorf West 333	93	92	89
Fr / Bergedorf 708	92	89	82
Sa / Lohbrügge 590	95	92	91
Sa / Fleetplatz 244	59	51	52
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	83	79	78

4.3.2 Veterinärwesen

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Bedingt durch den Fortgang der Inhaberin der zweiten Amtstierarzt-Stelle (0,7 Stellenanteil) ab September 09 kam es im 3. und 4. Quartal zu erheblichen Defiziten in der Abarbeitung der Regelkontrollen. Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2009 war, wie schon 2006 bis 2008, wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

Der Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland führte schon 2006 und 2007 zu einem erheblichen Mehraufwand im Fachgebiet Tierseuchenbekämpfung. Die im Jahr 2008 gestartete Impfkation musste im Jahr 2009 mit dem gleichen Aufwand fortgeführt werden. Durch die eingeführte Impfpflicht für Wiederkäufer konnte die Seuche zwischenzeitlich fast vollständig zurückgedrängt werden. Die für alle Tiere empfänglicher Arten verpflichtende Impfung wurde vom Fachbereich geplant, organisiert und deren Ausführung kontrolliert.



Von der Ausgabe der Impfstoffe bis hin zu umfangreichen Informations- und Beratungstätigkeiten wurde das Arbeitsaufkommen im Jahr 2009 überwiegend geprägt. Andere tierseuchenrelevante Themen wie z. B. die Aviäre Influenza (AI) und auch die BHV-1 Sanierung konnten aufgrund der Prioritätensetzung nur eingeschränkt beachtet werden.

Wobei der Ausbruch der AI, wie diverse Fälle in Deutschland gezeigt haben, nach wie vor als latente Gefahr vorhanden ist.

Es ist zu erwarten, dass weitere Tierseuchen zukünftig durch konkrete Maßnahmen und einen erheblichen Personaleinsatz bekämpft werden müssen (z.B. Bovine Virus Diarrhöe oder Paratuberkulose bei Rindern). Im Rahmen des Vollzugs bereits bestehender und in Aussicht stehender Gesetze sind diese durch den Amtstierarzt auszuführen bzw. von den betroffenen Tierhaltern einzufordern.

Alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Tierseuchenbekämpfung genießen ebenso höchste Dringlichkeit, wie konkrete Vorfälle im Rahmen der Lebensmittelüberwachung. Routineaufgaben müssen sich dieser hohen Priorität ggf. unterordnen.

Im Jahr 2009 wurde von den Veterinären besonders das Thema Tierseuchen-Krisenmanagement (überbezirklich) vorangetrieben, konnte aber noch nicht abgeschlossen werden. Dies ist für 2010 beabsichtigt, damit Hamburg im Allgemeinen und der Bezirk Bergedorf als viehreichster Bezirk im Hinblick auf einen Ernstfall in Zukunft gut aufgestellt sind. Zudem wurde auf Grundlage der EU-VO 882/2004 in 2009 begonnen, auch für den Bereich Veterinärwesen ein Qualitätsmanagement-System aufzubauen. Dessen Einsatzreife soll ebenfalls im Laufe des Jahres 2010 erreicht werden.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Im Hinblick auf den Ablauf von Übergangsfristen zum 31.12.2009 entfiel 2009 ein erheblicher Anteil der Arbeitszeit auf die Beratung und Vorbereitung von Lebensmittel-Betrieben für die EU-Zulassung.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung. Die Aufgabenwahrnehmung ist immer wieder geprägt durch die Auffassung der zumeist fach- und rechtsunkundigen Beschwerdeführer. Sie fordern in der Regel ein für die Tiere wünschenswertes Optimum, dem eine durch das Fachamt gesetzlich einforderbare Situation gegenübersteht, die sich ggf. unterhalb dessen einordnet.

Unter Berücksichtigung vorläufiger Vereinbarungen zum überbezirklichen Benchmarking und der Berichterstattung an die EU mussten für 2008 neue Kennzahlen eingeführt und erhoben werden. Zukünftige Änderungen sind wegen des noch laufenden Abstimmungsprozesses zum Benchmarking nicht auszuschließen.



	2008	2009
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	18	15
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	147	171
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	29	25
Tierseuchenrecht - Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	2	3
Tierseuchenrecht - Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	14	420
Tierschutz- /Tierseuchenrecht - Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	29	23
Tierschutzrecht - Kontrollen Tiertransporte	23	5
Tierschutzrecht - Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	45	39
Tierschutzrecht - anlassbezogene Kontrollen	88	93
Tierschutzrecht - Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	23	5
Ahndung von Verstößen - Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	45	0
Ahndung von Verstößen - eingestellte Verfahren	0	6
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten,	83	95
schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	15	10



4.3.3 Technischer Umweltschutz

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten in den Bereichen

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelastungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen,
- Beratung vorwiegend privater Haushalte, aber auch Schulen, Kindergärten, Vereine usw. zu Themen des Umweltschutzes wie Ressourceneinsparung, umweltverträgliches Bauen und Renovieren, nachhaltiger Konsum und vieles mehr.

Die Anzahl der Überwachungsvorgänge habe sich auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert. Bemerkenswert scheint, dass vermehrt Nachbarschaftsbeschwerden über Lärmbelastungen durch Musik in Gaststätten zu bearbeiten waren. Beschwerden über Außenbereiche fielen dabei nicht weiter ins Gewicht. Diesem Trend gilt es zukünftig entgegenzuwirken. Es ist für 2010 beabsichtigt schriftliche Informationen über die Lärmproblematik herzustellen und im Zuge der gewerberechlichen Anmeldungen von Gastronomiebetrieben auszuhändigen. Dies soll im Zusammenhang mit entsprechenden Hinweisen zum Jugendschutz erfolgen.

Die Badegewässer waren in 2009 kaum auffällig, weder die Sichttiefe noch bakteriologische Belastungen führten zu Schließungen, nicht einmal Kontrolluntersuchungen nach Richtwertüberschreitungen waren erforderlich. Einzig der Hohendeicher See musste vorübergehend geschlossen werden, weil ein Verdacht auf massiven Befall mit Zerkarien bestand.

Über die Sanierung des Eichbaumsees ist bislang noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Die Bergedorfer werden sich auch noch in 2010 mit einer weiteren Schließung abfinden müssen. Dies ist insbesondere auf den Umstand zurückzuführen, dass der See im Herbst 2009 vollständig „umgekippt“ ist (weitgehende Abwesenheit von Sauerstoff in der gesamten Wassersäule).

Die Vorgangszahlen der Wohnungspflege und der Haustechnik haben sich 2009 gegenüber den Vorjahren stabilisiert. Die Verteilung innerhalb der Wohnungspflegefälle verhält sich ähnlich wie in den Vorjahren: von den insgesamt 119 Fällen entfielen 33 auf vermüllte Wohnungen. In den restlichen 86 Fällen war Hinweisen auf bauliche bzw. technische Mängel nachzugehen, die eine Gefahr für die Bewohner darstellten oder die Benutzbarkeit der Wohnung erheblich beeinträchtigten. Durch das schnelle Eingreifen der Abteilung Technischer Umweltschutz auf Grundlage des Wohnungspflegegesetzes konnten in den meisten Fällen relativ schnell geordnete Verhältnisse geschaffen werden.



	2007	2008	2009
Anzahl der Überwachungsvorgänge	545	255	337
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	2	3	3
Anzahl der Beratungen	796	625	623
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	6,8	5,3	5,2
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	4	9	6
Anzahl der Informationsveranstaltungen	4	4	2
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	187	159	166
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	6	5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	36	29	23
Vorgänge Haustechnik	247	207	204
Vorgänge Wohnungspflege	122	123	119

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Kathrin Sprick, Tel. 42891-4300

	2007	2008	2009
Beschäftigungsvolumen	35,14	35,30	35,16

Aufgaben und Entwicklung 2009

Das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt hat sich als serviceorientierte und wirtschaftsfreundliche Verwaltung etabliert.

Es ist zentraler Ansprechpartner für alle Dienstleistungen rund um die Themen Wirtschaft, Bauen und Umwelt. Es bietet vielfältige Serviceleistungen aus einer Hand für Gewerbetreibende, Bauwillige und Investoren.

Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt wird sehr gut von den Kunden beurteilt. Die Zufriedenheit mit dem angebotenen Service, dem vielfältigen Leistungsspektrum und insgesamt mit der Erledigung des Anliegens ist sehr hoch. Das ist die durchweg positive Quintessenz aus der im Sommer 2009 durchgeführten Hamburgweiten Kundenbefragung. Insbesondere bei den für die Bewertung als wirtschaftsfreundliche Verwaltung entscheidenden Kriterien, wie

- Kompetenz und fachkundige Beratung
- Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



- Verständlichkeit und Transparenz
- Schnelle Bearbeitungszeiten

haben die befragten Kunden sehr gute Noten vergeben. Daran wird deutlich, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Dienstleister für Kunden und Betriebe verstehen, die aktiv nach individuellen, auf die konkreten Projekte zugeschnittenen Lösungen suchen.

Um die in 2009 geleistete Arbeit in ihrer Wirkung für den Standort Bergedorf zu veranschaulichen, sind im folgenden die Tätigkeiten und Arbeitsfelder des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt mit Blick auf die Inhalte der Marke Bergedorf „Die schöne Stadt im Garten Hamburgs – Stadt der kurzen Wege für Kinder und Familien - Dynamik entfalten in Bergedorf“ dargestellt.

4.4.1 Wirtschaftsförderung

Aufgabe und Entwicklung im Jahr 2009

Die Wirtschaftsförderung verfolgte 2009 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Dabei war sie mit unterschiedlichen Aufgaben betraut, die dem Markenkern der Marke Bergedorf dienen. Neben den übergeordneten Arbeiten als „Markenbotschafter“ gegenüber weiteren Akteuren (z. B. Bergedorfer Musiktage, Kampagne „Unser Bergedorf“, BID), als „Marktforscher“ (begonnenes Kooperationsprojekt zur Erforschung der Marke Bergedorf gemeinsam mit der HAW) und als „Marketing-Planer“ (Jahresplanung der markendienlichen Veranstaltungen und Abstimmung mit der Lenkungsgruppe Stadtmarketing) wurden zahlreiche Aktivitäten zur markendienlichen Kommunikation vorgenommen, die sich wie folgt tabellarisch zusammenfassen lassen:

Kommunikations-anlass	Kommunikative Begleitung	Schöne Stadt	Garten HHS	Familien	Kurze Wege	Dynamik
Historica – lange Lesenacht im Bergedorfer Schloss	20.000 Flyer 220 A0-Plakate (in Bergedorf); 180 Plakate Hamburgweit, PR, Web	x				
Sternwarten Astronomiejahr	300 Citylight-Poster; 150.000 hamburgweit verteilte Flyer, PR, Web	x				
Bergedorfer Weihnachtsmarkt	166 zusätzliche hamburgweite Plakate, PR, Web	x				
Bergedorfer Stadtfest	166 zusätzliche hamburgweite Plakate, PR, Web	x				
Messe Reisen Hamburg / Altonale	Messestand in Kooperation mit Bergedorf-Tourismus	x	x			



Gemeinsame Werbeaktion für Rosenfest, Erdbeerfest und AstroArt	166 hamburgweite Plakate und 40.000 Flyer, verteilt im östlichen Umland, PR, Web	x	x			
Architekturdialoge	Flyer und Plakatverteilung, PR und Web	x				
Eröffnung des Billtalstadions	200 bezirksweite Plakate und 500 persönliche Einladungen, PR	x		x		
Bewerbung des Theaterprogramms Haus im Park	Verteilung von bezirksweit 30.000 Programmheften, sowie fortlaufend gezielte Verteilung von programmspezifischem Werbematerial	x				
Erntedankaktion Wochenmarkt der Zukunft	250 Plakate, 30.000 Flyer, Banner, PR	x	x			
Bergedorfer Hafen als Ausflugsziel für Sportboote	Bewerbung des Hafens im Segelfachmagazin „Sejlerens: Marina Guide“	x				
Bewerbung Spielscheune	2 Versandaktionen an je 100 Schulen, Kitas und Vereine (mit je 5.000 Flyern)			x		
Kindertag	166 zusätzliche hamburgweite Plakate, Flyer und 200 bezirksweite Plakate, sowie Flyer und Banner			x		



Bewerbung markendienlicher Bezirksaufgaben	Gestaltung von Flyern wie „Unsere Bergedorfer Jugend- und Familienhilfe“ und „Bergedorfer Mütterberatung“.			x		
Parkleitsystem	Verteilung von 20.000 Flyern zur Einführung				x	
Bergedorfer Bautage	(Plakat-) Gestaltung für den WBZ-Beratungsstandes im Bergedorf-Design				x	x
Bewerbung Schleusengärten	Präsentation, Webseite, Präsenz auf EXPANSION					x
Bewerbung Berbion-Projekt	Stand auf dem Wochenmarkt PR-Unterstützung					x

Darüber hinaus lassen sich neben weiteren übergeordneten Tätigkeiten wie der liegenschaftlichen Immobilienkoordination, dem Pressesprecheramt, der Verwaltung der Bezirksamtsbühne und der Gestaltung von rein bezirklichen Kommunikationsinstrumenten (z. B. BOD-Flyer) die Tätigkeiten wie folgt entlang der Marke ordnen:

Schöne Stadt

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Aktivitäten des Stadtmarketings bestand darin, die Einrichtung des Business Improvement Districts „Sachsantor – vom Mohnhof bis zum Serrahn“ vorzubereiten und zu begleiten, und daran mitzuwirken dass das zweite BID Sachsantor mit der Senatsdrucksache vom 04.06.2009 starten konnte. Seitdem werden die zahlreichen Aktivitäten tatkräftig unterstützt (z. B. durch die Gestaltung der Werbematerialien und die Pressearbeit für den Bergedorfer Stadttaler, die Durchführung einer abgestimmten Kurz-Befragung oder durch die Vermittlung von bezirklichen Planungen).

Daneben war die Abteilung maßgeblich an der Organisation der Veranstaltung „50 Jahre Körber-Stiftung, 100 Jahre Kurt A. Körber“ und des Rathausfestes, sowie in geringerem Umfang an der Organisation des deutschlandweit beworbenen Events „Historica“, sowie der ersten Kunstaussstellung auf der Sternwarte (sog. AstroArt) beteiligt.

Ferner wurde 2009 eine große Dachmarkenkampagne für das Jahr 2010 zur Bewerbung des Einkaufsstandorts Bergedorf unter dem vorläufigen Arbeitstitel „Bergedorf ist wieder da“ geplant und in Form eines Agenturbriefings vorbereitet.

Schließlich wurden 2009 die Planungen zum Bau und Betrieb eines Besucherzentrums auf der Sternwarte durch die Abteilung betreut (Kooperationsgespräche mit Betreibern, Ausarbeitung eines Betreiberkonzeptes, Ausarbeitung eines Nutzungsvertrages mit der Universität, erste bauliche Planungen, zahlreiche Einzel- und Gruppengespräche).



Garten Hamburgs

Die Wirtschaftsförderung startete im Jahr 2009 in enger Zusammenarbeit mit dem Fachamt für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt das EU-Modellprojekt „Wochenmarkt der Zukunft“. Mit Hilfe einer Werbekampagne soll speziell auf die Stärken der Wochenmärkte und der in der Region erzeugten Produkte hingewiesen werden. Nach der Entwicklung eines Kommunikationsmusters für die Bergedorfer Wochenmärkte wurde zum Auftakt der Werbekampagne zunächst ein bunter Werbestand auf dem Bergedorfer Landmarkt und im Anschluss eine Eventwoche zum Thema Erntedank auf den Wochenmärkten (u. a. Kochshow, Infozelt, Kinder-Aktionen u. v. m.) realisiert. Eine kleinere Weihnachtsaktion und die Vorbereitung von Maßnahmen in 2010 (u. a. Buswerbung) folgten.

Der bereits 2008 angeschaffte Werbestand für die Bergedorfer Kulturpunkte wurde erweitert, so dass der Bezirk nun über einen vollwertigen Messestand inkl. transportabler Promotion-Theke mit der Aufschrift „Auf nach Bergedorf“ verfügt. Dieser Messestand wurde in Promotionaktionen auf der Messe Reisen Hamburg (04.-08. Februar), der Altonale (20.-21.06.), sowie dem Rathausfest (21.08.) eingesetzt.

Kurze Wege

2009 wurde das Parkleitsystem eingeweiht. Die begleitende Pressearbeit verdeutlichte ebenso wie der begleitende Werbeflyer und die aktuellen Zahlen des Parkleitsystems, dass in Bergedorf eine große Anzahl an freien (jedoch gebührenpflichtigen) Parkplätzen besteht.

Auch 2009 wurde die Webseite www.bergedorf.de zusammen mit einem Trägerbeirat gepflegt und an entscheidenden Stellen weiterentwickelt (Neue Startseite, Integration von RSS-Feeds, Aufbau der Rubrik „Einkaufen“, aktive Pflege der Wirtschaftsseiten und der aktuellen News).

Die Vernetzung der Wirtschaft war weiterhin ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z.B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden wieder branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Im Juli wurde in den Räumen des Bezirksamts am Kampweg ein Treffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“ durchgeführt. Dabei wurden den Unternehmen die Entwicklungsperspektiven der Gewerbeflächen am Schleusengraben vorgestellt. Das Bergedorfer Logistik-Netzwerk wurde 2009 gemeinsam mit der Logistik-Initiative gegründet. Im Februar, Juni und Oktober wurden drei gut besuchte Netzwerktreffen durchgeführt. Schwerpunktthemen waren die Verkehrssituation sowie Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Gewerbegebiet Allermöhe. Ebenfalls im Oktober wurde in Kooperation mit WSB und HAW der 3. Bergedorfer Life Sciences Day durchgeführt. Schwerpunktthema war der Bereich Ernährung/Ökotrophologie.

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung im 2009. Ferner wurden die Wirtschaftssenioren durch Pressearbeit und Vermittlung bei ihrem Bemühen unterstützt, Existenzgründer und KMU im Bezirk vor Ort, kostenlos und niedrigschwellig zu beraten.

Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von Gewerbegrundstücken getroffen.



Im Jahr 2009 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

Tätigkeitsfeld	Belegenheit	Größe in m²
Fräs- und Schleiftechnik, Maschinenbau	Rungedamm	1.800
Transportunternehmen	Helmut-Nack-Straße	582
Garten- und Landschaftsbau	Mette-Harden-Straße	1.700
Gerüstbau	Rungedamm	2.000
Laserzentrum Nord	Curslacker Neuer Deich	6.700
Energietechnik	Lehfeld	445
Nephrologisches Therapiezentrum	Brookkehre	2.600
Pannenservice für LKW	Dwengerkamp	1.000

Für weitere Dispositionen stehen im Bezirk Bergedorf z. Zt. insgesamt noch 27,9 ha (Stand 22.01.2010) Gewerbeflächen zur Verfügung.

Stadt für Kinder- und Familien

Neben den separat aufgeführten Jugendveranstaltungen des Lichtwerk-Ausschusses war der Bereich Stadtmarketing in begrenztem Umfang an der Organisation für die Veranstaltungen „Kindertag“ und „Eröffnung des Billtalstadions“ beteiligt. Darüber hinaus wurden zur Bewerbung der beiden Projekte „Wachstum braucht gesunde Kinder“ und „Spielscheune der Geschichten“ (im Rahmen der Jury-Präsentation „Wettbewerb zwischen den Bezirken um die Finanzmittel des bezirklichen Fördersystems“) Plakate und Broschüren erstellt, da beide Projekte gute Beispiele für die besondere Kinder- und Familienorientierung im Bezirk darstellen.

Dynamik entfalten

Im November 2009 wurde in Zusammenarbeit mit Straub und Linardatos ein weiterer Workshop durchgeführt, in welchem die „Marke Bergedorf“, die bisher allein aus Sicht des Bürgers definiert worden ist, zusätzlich aus der Sicht von Unternehmen betrachtet wurde. Im Ergebnis konnte das Thema „Dynamik entfaltet sich in Bergedorf“ als zielgruppenorientierter Markenkern für die Unternehmensaussprache bestimmt werden.

Die Vorbereitung der Ansiedlung des Laser Zentrums Nord war ein weiterer Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Im November wurde gemeinsam mit LZN und BWA ein Architekt ausgewählt. Dieser wurde auf das Gesamtkonzept der Schleusengärten sensibilisiert und gemeinsam mit Bauherrn und anderen Verwaltungsakteuren wurde ein reibungsloser Bauantrag vorbereitet.

Gemeinsam mit der Stadtplanung hat die Abteilung Wirtschaftsförderung die Entwicklung und Vermarktung der Gewerbeflächen in den „Schleusengärten“ vorangetrieben. Hierzu zählte die Konkretisierung des Konzeptes, die Vorbereitung der IBA-Zwischenpräsentation und die Akquise von Nutzern der Flächen (u.a. wurde der Betreiber eines geplanten Beach-Clubs gewonnen).

Die Abteilung begleitete den Start der beiden Förderprojekte „Berbion“ (Forschungsprojekt zur Biomassenutzung) und „Bergedorfer Kompetenz-Netzwerk“. Ferner wurde gemeinsam mit der Stadtplanung und der Logistik-Initiative die Entwicklung des Areals „Südlich Brookdeich“ vorbereitet. Gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Nachbargemeinden wurde ein Studienprojekt der Hafencity-Universität zur Gewerbeflächenentwicklung in der Region unterstützt.



4.4.2 Bauprüfung

Aufgaben und Entwicklung in 2009

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen.

Schöne Stadt

Die Gestaltungsberatung wird weiterhin gut angenommen. Sie führt dazu, dass im ländlichen Raum die Kleinteiligkeit und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet konnte erreicht werden, dass durch besonderes Augenmerk auf Details und Materialien die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Dieses ist oftmals ein längerer gemeinsamer Prozess, der von den Bauherren, wenn das Ergebnis erarbeitet ist, gut angenommen wird.

Im Bestandswohnungsbau wurden weiterhin Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt.

Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich dienen, bleibt mit 92 (Vorjahr 93 Vorbescheide) weiterhin sehr hoch. Im Ergebnis führt diese Vorklärung dazu, dass der Innenbereich sinnvoll verdichtet wird und der Außenbereich vor der Zersiedlung geschützt werden kann.

Das Landgebiet stellt sich mit seinen 106 genehmigten Wohnungen (Vorjahr 35 Wohnungen) wieder als attraktiver Wohnort im Grünen dar.

Neue Ausflugsziele konnten in Bergedorf auch letztes Jahr genehmigt werden. So bekommt die Sternwarte ein Besucherzentrum, das Billtalstadion wurde ausgebaut und im Landgebiet wurde eine Swing-Golf-Anlage genehmigt.

Kurze Wege

Nach langen Vorarbeiten konnten in 2009 die entscheidenden Genehmigungen für den neuen ZOB aber auch für den Umbau des alten Penndorf-Hauses zum Neuen Mohnhof erteilt werden. Damit sind Bausteine für die Ansiedlung von interessanten neuen Geschäften geschaffen worden, so dass sich der Einkaufstandort Bergedorf in 2010 mit einem vielfältigeren Branchenmix präsentieren kann. Zusammen mit den Dienstleitungen, die das Bezirksamt selber am Bahnhof anbieten wird, werden die Wege kürzer.

Dieses Jahr konnten weitere innenstadtnahe Flächen durch Genehmigungen der Bebauung zugeführt werden. Unter anderem stehen auf dem Gelände des Güterbahnhofes nur noch Anträge für zwei Flächen aus. Die ersten Wohnungen sind bezugsfertig. Zu erwähnen ist auch die Fläche zwischen Ellernwinkel und Brookdeich, auf der Einfamilienhäuser und Doppelhäuser entstehen sowie eine beginnende Erneuerung von Bergedorf-Süd, wo vereinzelt abgängige Gebäude durch Wohnungsneubau ersetzt werden. Die beiden Bergedorfer Krankenhäuser haben Erweiterungen und Umbauten erfahren, die sie weiter für eine umfangreiche Versorgung empfehlen.



Stadt für Kinder und Familien

Im Jahr 2009 wurden Genehmigungen für fünf Erweiterungen von Kindertagesstätten (Röpredder 70, Bornbrook 15, Wiesnerring 35, Marta-Damkowski-Kehre 1, Wilhelmine-Hundert-Weg 2 – 6) erteilt. Eine Kindertagesstätte am Harnackring wird neu errichtet und eine an der Brookkehre konnte in Aussicht gestellt werden. Es wurden auch weitere barrierefreie und altengerechte Wohnungen im Bezirk Bergedorf genehmigt, davon 17 Seniorenwohnungen im Landgebiet. Im Landgebiet entsteht am Heinrich-Stubbe-Weg die erste Tagespflegestation für Senioren im Bezirk.

Dynamik entfalten

Die Bautätigkeit auf den schon bebauten Gewerbegrundstücken blieb auf gleich bleibendem hohem Niveau. Es wurden durch Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen Anpassungen an veränderte Betriebsnotwendigkeiten vorgenommen und Arbeitsplätze gesichert. In 2009 wurde z.B. Dachser fertig gestellt, die Neuansiedlung eingeweiht und die gläserne Erweiterung von IKEA in Betrieb genommen. Dadurch präsentiert sich Bergedorf weiter als attraktiver Gewerbestandort.

Auch gewerbenahe Bauvorhaben wie der Cirque de Soleil sind erfolgreich gelaufen und haben damit mittelbar für den Standort Bergedorf geworben.

Die Strukturänderung im Gartenbau führte zu Anträgen, die sich mit Folgenutzungen befassen, um eine angemessene Entwicklung der im Landgebiet ansässigen Betriebe zu ermöglichen.

		2007	2008	2009
Wohnbauvorhaben		291	378	323
Anzahl genehmigter Wohnungen		222	492	307
Gewerbliche Bauvorhaben		259	216	235
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1135*	1181*	1034*
Anzahl der Owi-Verfahren		1	1	1
Einnahmen in €	Soll	612.867	722.091	1.007.827
	Ist	1.077.162	542.055	1.142.130

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben

4.4.3 Service und Verwaltung

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Eine Säule des WBZ ist der Kundenservice und der Verwaltungsbereich. Der Kundenservice mit seinem Informationstresen ist die erste Anlaufstelle eines jeden Besuchers im WBZ. Hier erhält der Kunde allgemeine Auskünfte zu allen Leistungen des WBZ und eine erste Beratung. Je nach Anliegen werden hier die Wünsche sofort bearbeitet oder ein Kontakt zu den Fachexperten hergestellt.

Der Verwaltungsabschnitt sorgt für eine reibungslose interne Abwicklung von Verwaltungsvorgängen und fungiert damit als interner Dienstleister für alle Bereiche des WBZ.

Kurze Wege

Das Leistungsangebot des Kundenservice wird von den Kunden sehr gut angenommen. Im Jahr 2009 hat sich die Anzahl der persönlichen Vorsprachen weiter erhöht. Die Aktivitäten des Kundenservice werden monatlich gemessen und ausgewertet. Dieses Verfahren gibt Auskunft z.B. über Dauer der Bearbeitungszeit, der Wartezeit bei Sofortanliegen oder



Beratungsgesprächen, der Kundenströme im Einzelnen oder der Anzahl der telefonischen Anliegen der Kunden.

Die bereits im Vorjahr sehr kurze Wartezeit für die persönlich erscheinenden Kunden hat sich noch weiter verringert und ist damit regelhaft kurz. Das gleiche gilt für die Bearbeitungsdauer bei den Sofortanliegen. In beiden Bereichen nimmt der Kundenservice des WBZ Bergedorf die Spitzenposition im Hamburgweiten Vergleich ein (Durchschnitt Wartezeit 1:45/Durchschnitt Bearbeitungszeit 6:20 Minuten).

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde im WBZ eine überbezirkliche Evaluation durchgeführt. Der Kundenservice Bergedorf schnitt in allen Bereichen gut bis sehr gut ab. Damit ist erneut deutlich geworden, dass die angebotenen Leistungen im Kundenservice schnell, kompetent und kundenfreundlich erbracht werden und der Kunde die Philosophie des „Alles unter einem Dach“ zu schätzen weiß.

Seit August 2009 ist das Leistungsangebot um den Verkauf von Flurkarten und Auszügen aus dem Hamburgischen automatisierten Liegenschaftskataster erweitert worden. Dieses dezentrale Angebot kommt insbesondere den vielen Bauwilligen in Bergedorf zugute, denn sie sparen den zusätzlichen Weg zum Landesamt für Geoinformation und Vermessung.

Die Zusammenarbeit mit der im Gebäude des WBZ ansässigen Zweigstelle der Handwerkskammer ermöglicht den Handwerksbetrieben zudem, sich umfassend beraten zu lassen und eventuell notwendige Formalitäten auf kurzem Wege zu erledigen.

Seit dem 01.10.2009 wurden die Öffnungszeiten auf 26 Stunden wöchentlich erweitert.

Kundenservice	2008	2009
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	11.958	12.217
Anzahl der abschließend bearbeiteten Fälle	6.672	8.831
davon		
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	2.475	2.926
Akteneinsicht / -ausleihe	374	456
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen	1.153	1.165
Aufgrabescheine	1.641	1.795
Hundeanmeldungen	113	222
Verlängerung der Fischereierlaubnis	916	607
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster (seit 01.08.2009)		38
Terminvergaben für das Back-Office	1.884	1.622
Telefonkunden ohne Bauprüfangelegenheiten	18.329	7.158
Durchschnittliche Wartezeit	3,15 Min	1,7 Min

Neben internen Aufgaben werden im Verwaltungsbereich verschiedene Fachaufgaben wahrgenommen, wie die Überprüfung von Tankanlagen, Schornsteinfegerangelegenheiten oder die Prüfung der Zweckenfremdung von Wohnraum.



Auch hier sorgt die unmittelbare fachliche und räumliche Nähe zu den anderen Dienststellen des WBZ für einen reibungslosen Bearbeitungsfluss und schnellere Entscheidungen. Die Verlagerung der Friedhofsverwaltung in das WBZ kann als Bergedorfer Besonderheit gesehen werden. Kunden erhalten hier kompetente Beratung in ungestörter Atmosphäre. Mit der Verlagerung wurde die Erreichbarkeit der Friedhofsverwaltung erheblich verbessert. Die geplante Einführung eines digitalen Friedhofsprogramms im Jahre 2010 wird den Service für Bestatter und Privatkunden zusätzlich verbessern.

Friedhof		2007	2008	2009
Bestattungen (Erdbestattungen)		280	264	284
(Urnenbestattungen)		428	436	388

4.4.4 Umwelt

Aufgabe und Entwicklung in 2009

Der Bereich Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen der Hamburgischen Baumschutzverordnung (Gehölzschutz) und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Er setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 9 HmbNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert stichprobenartig die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen.

Weiterhin ist das WBZ zuständig für vielfältige Aufgaben im Bereich des Wasserrechts. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf umfassende Zuständigkeiten (z.B. an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht). Bergedorf ist mit fast 12km² Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafens: 19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungs-gräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbeek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300km sonstige Gräben; insgesamt etwa 3.000.000 lfd. Meter Gewässerstrecke.

Schöne Stadt

Mit der Erteilung des Plangenehmigungsbescheides für den Ausbau der Regattastrecke an der Dove-Elbe ist im Dezember 2009 ein wichtiges wasserrechtliches Genehmigungsverfahren zum Abschluss gebracht worden. Der Ausbau der Regattastrecke ermöglicht die Durchführung von internationalen Ruder-Großveranstaltungen und steigert damit die Attraktivität Bergedorfs auf dem Gebiet des Wassersports. Zugleich sichern die in den Bescheid aufgenommenen Nebenbestimmungen die behutsame Einbettung des Vorhabens in die angrenzende wertvolle Natur sowie die Verträglichkeit des Ausbaus mit anderen Freizeitnutzungen in diesem von vielen Bürgern als Naherholungsgebiet genutzten Bereich.

Die Einrichtung eines Stromanschlusses für Fahrgastschiffe am Serrahn ermöglicht in Zukunft die Energieversorgung der dort ankernden Schiffe, ohne dass umweltbelastende und störende Abgase erzeugt werden.

Garten Hamburgs

Im Rahmen der Zuständigkeit des Bezirksamtes für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha), Kirchwerder Wiesen (860 ha), Die Reit (48 ha) und Boberger Niederung (350 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 48 HmbNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind. Insbesondere im NSG Boberg besteht ein großes Tätigkeitsfeld.



Aufgrund der Nähe zu den verdichteten Wohngebieten Mümmelmannsberg, Boberger Dorfanger und Lohbrügge sind Konflikte zwischen Freizeitnutzung und Naturschutz programmiert, was sich in der hohen Zahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren (16) ablesen lässt. Auf dieses NSG entfielen auch zwei Drittel der erteilten Befreiungen/Ausnahmen.

Die Zusammenarbeit zwischen den zu betreuenden Verbänden im NSG Boberger Niederung gestaltete sich auch im Jahr 2009 sehr effektiv und erfolgreich. Gemäß der Koalitionsvereinbarung wurden die beiden Naturschutzgebiete „Die Reit“ und „Boberger Niederung“ zum 01. Dez. 2009 wieder in die Zuständigkeit der BSU/NR zurückgegeben. Die betreuenden Verbände haben die Rückführung der Zuständigkeit an die ferne Fachbehörde bedauert, da sich die Nähe der zuständigen Mitarbeiter im Bezirk sehr positiv auf die Zusammenarbeit ausgewirkt hatte.

Im Jahr 2009 hat das Bezirksamt sein selbst gestecktes Ziel (Errichtung einer Eisvogel-Nisthilfe pro Jahr) im Rahmen der Biodiversitätenkampagne erreicht. In Zusammenwirken mit dem NABU, der den Eisvogel zum Vogel des Jahres 2009 gekürt hat, und dem Hansa-Gymnasium wurde an der Bille eine weitere Nisthilfe errichtet. Darüber hinaus ist noch eine weitere Nisthilfe bekannt, die durch Privatinitiative an einem Graben errichtet wurde.

Im vergangenen Jahr wurden 391 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In rund 20 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken.

Außerdem wurde verstärkt die Ausführung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen überprüft. Hier bearbeitete der Umweltbereich mehr als dreimal so viele Fälle wie im letzten Jahr.

Stadt für Kinder und Familien

Bergedorf weist seit Jahren mehr Bauland neu aus als andere Bezirke Hamburgs. Neue Baugebiete liegen überwiegend in der Niederung von Elbe und Bille. Jede Erschließung und nahezu jedes Bauvorhaben im Landgebiet hat Berührungspunkte mit einem Gewässer. Die bestehende Oberflächenentwässerung mit kleinteiliger Parzellierung und gefällefrienen Marschengraben wird vermehrt überfordert. Aus diesen Tatsachen erwachsen die vielfältigen und kontinuierlich zunehmenden Aufgaben der bezirklichen Wasserbehörde (z.B. Binnenhochwasserschutz, Neubemessung der Überschwemmungsgebiete).

Nicht nur die Landschaft verändert sich sondern auch Nutzungsart und -intensität. Auch die Gewässer sind einem stärkeren Freizeit- und Erholungsdruck ausgesetzt, infolge dessen steigt der Regelungs- und Koordinierungsbedarf.

Neben den in der nachfolgenden Tabelle erfassten Vorgangsarten hat die Abteilung Stellungnahmen zur Bebauungsplanung, Landschaftsplanung, wasserwirtschaftlicher Regionalplanung und zu Verfahren anderer Rechtsbereiche erarbeitet.

(auch für Vm – Gebiet)	2007	2008	2009
Naturschutz:			
1. Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)	310	395	391 (78)
2.1 Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG	-	24	35
2.2 Ersatz und Ausgleich prüfen	21	8	26
2.3 Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatz- maßnahmen)	214	129	160 (26)



Ordnungswidrigkeiten-Verfahren		12	7	27
Anzahl der Widersprüche		2	3	3
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %		0	0	noch offen
Einnahmen Soll				16.980
Ist				16.061
Wasserrecht:				
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt		774	558	678
Anzahl Widerspruchsverfahren		6	3	4
davon erfolgreiche Widersprüche in %		33,3	66,6	0
Anzahl OWI-Verfahren		1	0	0
Genehmigungen		211	151	185
Erlaubnisse		262	335	390
davon in konzentrierenden Verfahren		11	13	15
bzw. Planverfahren		1	1	2
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen		34	8	51
Versagungen, Widerrufe		93	12	10
Beanstandungen/Anordnungen u.ä.		128	55	23
Schäden am Gewässer		36	10	15
Einnahmen	Soll	105.165	81.000	96.926
	Ist	103.759	89.782	97.037